

erforderlich. Neben der individuellen, personenbezogenen Beratung bieten diese Agenturen das Potenzial, in Kooperation mit den Hochschulen und der Wirtschaft Bedarfe auf dem Arbeitsmarkt zu ermitteln und spezielle Programme – etwa im Rahmen der Offenen Hochschule – zu koordinieren.

POLITISCHE BILDUNG

Politische Bildung ist die Grundlage für politische und gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Engagement.

Nach der Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung gibt es in Niedersachsen keine von der Exekutive unabhängige Institution, die einrichtungsübergreifende Angebote der politischen Bildung

konzipiert und koordiniert. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft hat. Das halten wir für einen großen Fehler! Für politische Bildung an Schulen und die Weiterbildung von LehrerInnen im Bereich Politik fehlt es an einer zentralen Stelle, die landeseigene und länderübergreifende Angebote koordiniert und DozentInnen- und ExpertInnen-Pools bereithält. Wir GRÜNE fordern daher die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle politische Bildung“, die mit eigenen Mitteln ausgestattet in die Fläche wirken kann, Angebote bündelt und koordiniert sowie Unterstützung für Bildungsträger anbietet. Besonders wichtig sind dabei aufsuchende und zielgruppenspezifische Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene.

MACH'S MÖGLICH

UMWELT, KLIMA, ARBEIT, WIRTSCHAFT

WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG MIT GRÜNEN IDEEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Mit dem Green New Deal durch eine gezielte Förderung von Zukunftsbranchen (Umwelt, Energie, Demografie) vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen
 - ▶ Durch zielgenaue Unterstützung keinen Jugendlichen mehr ohne Schulabschluss und ohne Ausbildungsplatz zurücklassen
 - ▶ Fair bezahlte und gute Arbeit bei allen öffentlichen ArbeitgeberInnen und AuftraggeberInnen selbstverständlich werden lassen – durch eine modernere Personalvertretung und an sozialen und ökologischen Kriterien orientierte Vergaben
 - ▶ Mit einer Effizienz- und Klimaschutzagentur und einer Neuausrichtung der Fördergelder Niedersachsens Wirtschaft und Kommunen nachhaltig gestalten
 - ▶ Durch erhöhte Abgaben auf die Gewinnung von Gas, Wasser oder Kies einen sparsameren und verträglicheren Abbau und Verbrauch endlicher Rohstoffe durchsetzen
- Immer häufiger erleben wir inzwischen die Grenzen des Wachstums. Deshalb brauchen wir Wege, um Wohlstand für alle mit den vor-

handenen Ressourcen erreichen zu können. An Stelle von immer mehr Wachstum ist die Nachhaltigkeit der bessere Indikator für eine zukunfts-gerechte Entwicklung der Wirtschaft. Wir müssen uns von einem Wohlstandsbegriff lösen, der bisher ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Die mit dem BIP untrennbar verbundene Förderung der Verschwendung erzeugt ein Trugbild. Auch Unfälle, Staus oder weggeworfenes Essen erhöhen das Bruttoinlandsprodukt und sorgen so für „Wachstum“. Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Niedersachsen, der auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit oder nachhaltigen Ressourcenen-satz enthält, wollen wir GRÜNE Wohlstand neu definieren. Politisches Handeln muss sich von der Fixierung auf unbedingtes Wirtschaftswachstum lösen. Wir wollen die Diskussion über eine Post-Wachstums-Gesellschaft breit und gründlich führen. Vorreiter sind dabei neue Ansätze der Gemeinwohl-Ökonomie mit BürgerInnen-Engagement – zum Beispiel durch Genossenschaften – und die vielerorts stärker werdenden Suffizienz-Initiativen¹ wie Post Oil City² oder Transition Town³.

GREEN NEW DEAL STATT ALTER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung entsteht, wenn in Zu-

kunftsbranchen, wie zum Beispiel in die Erneuerbaren Energien oder Energieeffizienz, in Gebäudesanierung und Umwelttechnologien investiert wird. Der „Green New Deal“⁴, die umfassende grüne Antwort auf die Klima-, Wirtschafts- und Finanzkrise, ist nichts anderes als ein Erneuerungsprogramm für die niedersächsische Wirtschaft – vom kleinen Handwerksbetrieb über viele Dienstleistungsbereiche bis hin zur Industrie. Die aus den Zukunftsbranchen erwachsenden Potenziale für neue auskömmliche Arbeitsverhältnisse wollen wir durch die Neuausrichtung der Wirtschafts- und Förderpolitik des Landes bestmöglich ausschöpfen.

Um die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen, wollen wir gemeinwohlorientiertes Unternehmertum in der Region stärken. Bürger-Energie-Genossenschaften, solidarische Landwirtschaftsmo-delle oder Tausch- und Zeitbörsen ermöglichen gesellschaftliche Innovationen, erschließen neue Betätigungsfelder und helfen, vor Ort den sozial-ökologischen Wandel voranzutreiben. Wir wollen hierfür vorhandene Beratungsangebote verstärken und ausbauen, rechtliche Hemmnisse abbauen und Finanzierungsmöglichkeiten verbessern.

Die immer wieder aufgedeckten Fehlsubventionen und Mitnahme-effekte der bisherigen Wirtschaftsförderung in Niedersachsen rufen nach einem Neuanfang. Bei jeder

Form von staatlicher Förderung müssen Effizienz und Transparenz statt Günstlingswirtschaft oberstes Gebot sein. Dabei wollen wir die klassische Wirtschaftsförderung, aber auch große Teile der EU-Förderung, soweit möglich auf revolvi-ernde Konzepte⁵ wie Förderkredite und Beteiligungskapital umstellen. Vorrang sollen dabei die zukunfts-trächtigen Energie-, Umwelt- und Effizienztechniken bei Forschung, Entwicklung und Markteinführung haben.

Als zweite Wachstumsbranche sehen wir GRÜNE den Gesundheitsbereich, den wir von der Forschung über die Gesundheitswirtschaft bis zur Versorgung und zur Pflege als ein koordiniertes Programm der Landesregierung voranbringen möchten. (► S. 114) Erhebliche, bisher ungenutzte Potenziale bestehen in Niedersachsen ebenso im Bereich der Kreativ- und Kulturwirtschaft, denen wir in Zukunft mehr Gewicht geben wollen. (► S. 159)

Dabei werden wir öffentliche Förderung in allen Bereichen an die Einhaltung von Sozialstandards wie Tarif-Entlohnung und die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen binden. Nach dem Bremer Vorbild wollen wir auch in Niedersachsen ein von den Gewerkschaften gefordertes Mindestlohngesetz für faire Löhne einführen. Danach müssen öffentliche und staatlich geförderte

Arbeitgeber mindestens 8,50 Euro pro Stunde an ihre Beschäftigten zahlen. Zurzeit arbeiten in Niedersachsen unter Schwarz-Gelb mehr als 570.000 Menschen für einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro oft in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Wir GRÜNE wollen für faire Löhne sorgen und keine Subventionen mehr für Arbeitsplätze vergeben, von denen man nicht leben kann. Auch die Effizienz der Förderlandschaft muss durch klarere Profilierung und engere Zusammenarbeit der NBank⁶ mit den anderen Wirtschaftsfördereinrichtungen des Landes und der niedersächsischen Wirtschaft verbessert werden. Die Bank-Funktion der NBank soll sich mit den entsprechenden Standards und Tarifen auf einen enger begrenzten Bereich konzentrieren. Ziel ist die Straffung im Sinne einer modernen Dienstleistungsagentur bei der Förderung und deren Kontrolle (Evaluation). Zukünftig sollen durch mehr Pauschalierung und Verkürzung der Entscheidungswege in der Regel nur noch maximal zehn Prozent jeder Förderung für Bürokratie (Vergabe, Abrechnung und Kontrolle) genutzt werden.

Aus ordnungspolitischen Gründen sind wir für das Auslaufen der Landesförderung bei GISMA⁷ und Deutscher Management-Akademie⁸.

ZUSÄTZLICHE INVESTITIONEN

Motor für zusätzliche Beschäftigung im Zuge der Energiewende und neuer, starker Partner der NBank bei der Akquise von Fördermitteln und bei der fachlichen Prüfung von Anträgen soll eine niedersächsische Klimaschutz- und Effizienzagentur werden, die wir aus dem bisherigen Innovationszentrum Niedersachsen heraus entwickeln wollen. Die Agentur soll als Kooperationsprojekt von Landesregierung, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft angelegt sein. Mit Öffentlichkeitsarbeit, Beratung (zum Beispiel mit dem Konzept Ökoprotit[™]), Vernetzung und Vermittlung von Förderung soll die neue Institution in allen öffentlichen und privaten Bereichen zu den Themen Klimaschutz, Energiewende und Effizienzsteigerung aktiv werden. Ziel sind mehr und gezielte Investitionen in neue regenerative Energie-Anlagen, Wärmedämmung und andere Effizienztechniken. Wir brauchen eine neue technische Revolution für weniger CO₂ in der Energie und weniger Energie in unserem Wohlstand. Die Agentur soll dazu Forschung anstoßen und Wirtschaft, Universitäten und freie Institute vernetzen. Sie soll in enger Kooperation und nicht in Konkurrenz mit bereits vorhandenen Einrichtungen der Kommunen und Verbände arbeiten. Damit wollen wir die Rohstoff-, Material-, Re-

cycling-, Antriebs- sowie Energieeffizienz steigern, systematische Energieeinsparungen in allen Bereichen vorantreiben und innovative regenerative Energieerzeugung und Speicherung (insbesondere für den Grundlastbereich) fördern. Diese Konzepte und technischen Innovationen erschließen den Partnern aus der Wirtschaft die Märkte von Morgen im In- und Ausland. Das wiederum schafft und sichert neue dauerhafte Arbeitsplätze in ganz Niedersachsen.

Für Landesbereiche, die besondere demografische Herausforderungen oder den plötzlichen Wegfall von vielen Arbeitsplätzen zu bewältigen haben, zum Beispiel im Zuge der Bundeswehrreform, wollen wir wieder eine Landesentwicklungsgesellschaft zur Unterstützung schaffen. Diese soll als Tochterunternehmen der Effizienzagentur zugeordnet werden. Das dort gebündelte Planungs- und Entwicklungs-Know-how und die direkte Vernetzung mit Förderprogrammen soll den mit derart weitreichenden Aufgaben allein oft überforderten Kommunen helfen, passende Lösungen und UmsetzungspartnerInnen zu finden.

RESSOURCEN SPARSAM UND ÖKOLOGISCH NUTZEN

Der Glaube, dass Wachstum und Beschleunigung zwingende Voraussetzungen für den Erhalt unseres

Wohlstands sind, ist spätestens seit der tief gehenden Finanz- und Wirtschaftskrise und angesichts unserer erkennbar endlichen Welt bei vielen Menschen in eine Verunsicherung umgeschlagen. Wir GRÜNE halten ein schnelles Umsteuern zu weniger Ressourcenverbrauch, mehr regionalen Wirtschaftskreisläufen und einer deutlich höheren industriellen Wiederverwertungsquote gebrauchter Wertstoffe für möglich und nötig. Auf dem Weg dorthin brauchen wir eine Bodenabbau-Abgabe, die einen sparsameren Verbrauch und stärkere Anreize zum Recycling bei unseren endlichen Bodenschätzen wie Kies, Sand, Hartgestein, Gips, Torf und Erzen durchsetzt. Für Gips- und Torfabbau soll es keine Genehmigungen mehr geben. Das Wasserentnahmegeld (WEG) wollen wir auf Nachhaltigkeit ausrichten, indem ökologische Kosten der Gewässernutzung und die Folgen der nicht mehr vermeidbaren Klimaveränderungen bei den Erhebungssätzen berücksichtigt werden. Wir wollen einen landesweiten Altlasten-Fonds für Härtefälle, in denen Kommunen und Privatpersonen unwissentlich und unschuldig in den Besitz von belasteten Grundstücken gelangt sind. An diesem soll sich die Wirtschaft ebenfalls beteiligen. Dabei geht es um Mitverantwortung der VerursacherInnen, aber auch um das gemeinsame Interesse von Kommunen und Wirtschaft an der Nachnutzung

von Flächen und um Risikominde- rung für kommende Generationen. Wir wollen die Abgaben bei der Öl- und Gasförderung in Niedersachsen marktgerecht erhöhen und damit eine sichere Förderung und einen sparsamen Verbrauch erreichen.

Zusätzlich wollen wir die Instrumente der Raumordnung ausbauen, um auch unterirdische Nutzungskonflikte zu Lande und auf dem Meer zu minimieren. Die oberirdische Raumordnung wollen wir um ein Flächen-Management mit landesweiten Versiegelungs- und Leitungstrassen-Katastern erweitern, um sparsameres Bauen zu fördern. Wir werden Instrumente entwickeln, die den Flächenverbrauch bremsen und Anreize für die Konversion und Renaturierung bereits genutzter Flächen geben. Zur Begrenzung und Steuerung der Flächen für nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo) werden wir ein Monitoring und regionale Obergrenzen festschreiben.

GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Arbeit ist mehr als Geld verdienen. Arbeit schafft Teilhabe und Zugang zu gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir wollen, dass alle Menschen in Niedersachsen anständig bezahlte und sinnstiftende Arbeit mit fairen Bedingungen haben.

GUTE AUSBILDUNG FÜR ALLE

Unser Ziel ist es, keinen Jugendlichen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung zu lassen. Eine solide Ausbildung ist Grundlage für einen erfolgreichen Berufsweg und ein selbstbestimmtes Leben in einer zunehmend komplexer werdenden Welt. Gleichermäßen sind qualifizierte BürgerInnen die Basis für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Seit Jahren klaffen der Anspruch, Jugendliche auf ihrem Weg in den Beruf angemessen zu begleiten, und die Realität in Niedersachsen weit auseinander. Nur rund ein Viertel der Betriebe bildet aus, Tausende Jugendliche gehen bei der Suche nach einer Lehrstelle Jahr für Jahr leer aus und finden sich in Übergangssystemen wieder, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt oft nicht verbessern.

Wir brauchen deshalb eine stärkere Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure, um für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu haben. In Anlehnung an das erfolgreiche „Hamburger Modell“ wollen wir die Jugendlichen besser unterstützen und die Übergangssysteme ab- und umbauen. (► S. 29)

Die Finanzierung der dualen Ausbildung wollen wir gerechter verteilen und die Quote der ausbildenden Betriebe erhöhen. Gelingt dies nicht – wie derzeit im Bereich der Altenpflege – führt kein Weg an der

Einführung einer Ausbildungsplatz-Umlage vorbei.

FAIR BEZAHLTE UND GUTE ARBEIT

Deutschland hat in immer mehr Branchen ein Problem mit dem freien Fall der Löhne. Niedrigstlöhne und Lohndumping zerstören die Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft und machen Beschäftigte krank. Wer arbeitet und keine entsprechende Anerkennung für seine Arbeit erhält, brennt auf Dauer aus. Wer Vollzeit arbeitet, verdient einen anständigen Lohn, mit dem sich der eigene Lebensunterhalt ausreichend finanzieren lässt. Nur die Einführung eines Mindestlohnes in Deutschland kann die Erosion bei der Entlohnung endlich stoppen. Mit der Festsetzung von 8,50 Euro pro Stunde als Mindestlohn wollen wir auf Bundesebene verhindern, dass Niedrigstlöhne zu einem Wettbewerbsvorteil auf Kosten der Beschäftigten werden, wie zum Beispiel derzeit im Pflegebereich.

Sozial ist nicht automatisch, was Arbeit schafft. Der sogenannte Job-Boom nach der Finanzkrise war besonders in Niedersachsen zu einem großen Anteil auf prekäre Beschäftigung zurückzuführen. Rund ein Drittel aller neuen Stellen wird aus der Zeitarbeits-Branche gemeldet. Von den Betroffenen ungewollte befristete Beschäftigung, Zwangs-

Teilzeit-Beschäftigung und unterbezahlte Arbeit nehmen stetig zu und werfen einen Schatten auf die vermeintlichen Erfolgsmeldungen der Bundesagentur für Arbeit. Das wollen wir ändern!

Zeit- und Leiharbeit entwickeln sich zunehmend zu Instrumenten der Wettbewerbsverzerrung, des Lohndumpings und der Unterwanderung von ArbeitnehmerInnenrechten. Leiharbeit kann grundsätzlich sinnvoll sein, um Auftragsspitzen abzubauen und um einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Aber auch hier muss der Grundsatz „gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“ vom ersten Arbeitstag an gelten. Billigstlöhne von teilweise nur fünf Euro, die manche Unternehmen in Branchen wie der Fleischverarbeitung über Werkverträge zahlen und die Deutschland zum billigsten Schlachtbetrieb in Europa machen, werden wir ebenso unterbinden. Verbesserte Kontrollen und schärfere Sanktionen müssen auch dort für mehr Lohngerechtigkeit sorgen.

Der arbeitsfreie Sonntag ist durch das Grundgesetz geschützt. Wir wollen, dass das Arbeiten am Sonntag wieder die Ausnahme ist – insbesondere im Einzelhandel. Kommerzielle Interessen rechtfertigen flächendeckende Einzelhandelsöffnungen am Sonntag nicht. Wir wollen die Sonntagsöffnungen auf ein verträgliches Maß beschränken und

so die Beschäftigten – meist Frauen – besser schützen.

GLEICHSTELLUNG BEI LOHN UND POSITION IST ÜBERFÄLLIG

Frauen verdienen in Deutschland rund ein Viertel weniger als Männer. Die Gründe für diese Lohnungerechtigkeit (Gender Pay Gap) sind vielfältig: Typische Männerberufe sind meist besser bezahlt als klassische Frauenberufe. Daneben gilt noch immer: Je höher die Position, desto häufiger ist sie durch einen Mann besetzt. Männerbünde und fehlende weibliche Vorbilder in Unternehmensführungen manifestieren die Ungleichheit. Alte tradierte Familienbilder in Unternehmen und Gesellschaft werden weiter strukturell befördert und führen dazu, dass mehrheitlich Männer die Hauptverdiener in Familien stellen, während Frauen überdurchschnittlich häufig prekär und geringfügig beschäftigt sind. Darüber hinaus verdienen Frauen häufig auch bei gleicher Tätigkeit und gleicher Qualifikation weniger als Männer.

Eine durchgehende und verlässliche Kinderbetreuung bis zum Abschluss der Grundschule und mehr Unternehmen mit einem Selbstverständnis für Familienverantwortung würden helfen, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Daneben braucht unser Berufsleben mehr individuelle Zeit-Souveränität mit

flexibleren Arbeitszeiten und Teilzeitmodellen wie Job-Sharing und Job-Rotation. Wir fordern spezielle Programme für den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer selbstbestimmbaren Phase der Nicht-Erwerbstätigkeit sowie eine maßgeschneiderte Berufsberatung und Einstiegsbegleitung in den Arbeitsmarkt für Frauen und Männer, die sich wegen Familienarbeit zeitweilig aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Dazu gehört aber auch das Angebot von Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen während einer Eltern- oder Familienauszeit. (►S. 111)

Statt auf ungehörte Appelle der Freiwilligkeit zu setzen und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu warten, setzen wir uns für die Einführung der Frauenquote nach skandinavischem Vorbild in der Privatwirtschaft ein, um die Ungleichbehandlung in deutschen Chefetagen tatsächlich aufzuheben. Wir wollen außerdem erfolgreiche Modelle bekannt machen, wie Männer und Frauen Führungspositionen in Teilzeit verwirklichen können. (►S. 113) Führungskompetenz bedeutet nicht permanente Präsenz, sondern permanente Verantwortung. Aus dem Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG) werden wir wieder ein wirksames Instrument für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen Unternehmen machen – mit dem

Ziel, die Bevorzugung von Männern auch in den Verwaltungsspitzen zu beenden. (►S. 128)

Daneben brauchen wir insgesamt mehr Inklusion im ersten Arbeitsmarkt. Unternehmen brauchen gezieltere Informationen und Hilfen, um mehr Arbeitsuchende mit Behinderungen einzustellen. Die Vorzüge eines erfolgreichen Diversity Managements¹ müssen stärker bekannt gemacht werden. Ein neuer Wirtschaftspreis Inklusion kann hierzu ein guter Werbeträger sein.

VERANTWORTUNG DER ÖFFENTLICHEN HAND

Das Land hat, genau wie die Kommunen, als öffentlicher Auftraggeber auch direkten Einfluss auf Löhne, Arbeitsbedingungen und einen fairen Wettbewerb. Um diesen Einfluss geltend zu machen, wollen wir bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen den Einsatz von auskömmlicher, sozialversicherungspflichtiger Voll- und Teilzeitarbeit stärker berücksichtigen und eine effektive Gleichstellungspolitik praktizieren. Das Landesvergabegesetz² ist grundsätzlich zu überarbeiten. Wir wollen neben der Bau-Branche auch den Öffentlichen Nahverkehr und Dienstleistungen in den Geltungsbereich des Vergabegesetzes aufnehmen, weil all diese Bereiche von Lohndumping besonders betroffen sind. Um einen

fairen Wettbewerb auch für kleinere Unternehmen zu gewährleisten, werden wir die Schwellenwerte des Vergabegesetzes beim Land und auch für Kommunen absenken und verbesserte Rechtsschutzmöglichkeiten für BieterInnen prüfen.

Auch die im Trend liegenden Öffentlich-Privaten Partnerschaften³ (ÖPP), die die wahren öffentlichen Kosten von Investitionen häufig über zu teure Nutzungsgebühren nur in die Zukunft verschieben, werden wir kritischer auf ihre tatsächliche Effizienz und Vergleichbarkeit zur direkten öffentlichen Aufgabewahrnehmung prüfen. Daneben wollen wir das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz modernisieren, um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen, wie in anderen Bundesländern, zu stärken. Das Land Niedersachsen soll seine Bewerbungsverfahren anonymisiert durchführen, um allen BewerberInnen die gleichen Startchancen ohne Diskriminierung zu geben.

ARBEIT DARF NICHT KRANK MACHEN

Innerhalb von sechs Jahren hat sich der Arbeitsausfall durch psychische Erkrankungen in Deutschland verfünffzehnfacht (►S. 116) – mit immensen Kosten für die Volkswirtschaft. Ursachen für die Zunahme

sind Arbeitsdichte, ständige Erreichbarkeit und fremdbestimmtes Arbeiten. Unbegrenzte Flexibilisierung und Mobilisierung dürfen kein Selbstzweck sein. Es ist nötig und wichtig, wieder den Menschen in den Mittelpunkt zu rücken.

Vorgesetzte und ArbeitgeberInnen stehen in erster Linie in der Verantwortung, durch Vorsorgemaßnahmen und entsprechende Arbeitsgestaltung Burn-out und andere durch den Beruf ausgelöste Krankheiten zu vermeiden und Mobbing bereits in den Anfängen entgegenzuwirken. Das Land ist hier nicht nur als Arbeitgeber in der Pflicht, sondern sollte auch gegenüber der Wirtschaft stärker auf die Probleme und die Notwendigkeit der Prävention im Rahmen der Gesundheitsvorsorge hinweisen.

NIEDERSACHSENS WIRTSCHAFT ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Die niedersächsische Wirtschaft fußt besonders auf vier großen Sektoren: dem Tourismus, der Ernährungswirtschaft, der Automobilindustrie und dem Handwerk. Diese vier Bereiche schaffen in Niedersachsen die meisten Arbeitsplätze und prägen unser Bundesland. Damit diese Wirtschaftszweige gut aufgestellt bleiben, müssen wir sie fit für die Zukunft machen.

TOURISMUS AUF NEUEN WEGEN ERFOLGREICHER MACHEN

Die Tourismuswirtschaft ist mit 340.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Niedersachsen und verdient mehr Aufmerksamkeit, als die schwarz-gelbe Regierung ihr bisher beigemessen hat. In kaum einem anderen Sektor ist ein funktionierender Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem so fundamental für den Erfolg. Tourismus braucht eine intakte Natur ebenso wie eine gute Verkehrsanbindung und funktionierende soziale Netze vor Ort. Kaum ein anderer Sektor bietet so vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten und so viele unterschiedliche Angebote wie die Tourismuswirtschaft. Regional müssen die touristischen Angebote aber noch besser in gut funktionierenden gemeinsamen Verbänden zusammengeführt werden, um auf diesem hart umkämpften Markt erfolgreich zu sein. Landesförderung soll die Entwicklung unverwechselbarer, eigenständiger touristischer Angebote unterstützen. Als Vorbedingung für eine Förderung durch das Land soll künftig gelten, dass aussichtsreiche lokale oder regionale Touristik-Schwerpunkte mit einer verbindlichen regionalen Zusammenarbeit entwickelt werden. Die kontinuierliche Qualitätssteigerung mit transparenten Maßstäben für die wirtschaftliche und ökologische Leistungsfähigkeit (Benchmarks) ist

für uns GRÜNE ein wichtiges Anliegen und muss über Gütesiegel und Wettbewerbe vorangebracht werden. Ein weiteres Ziel unserer Förderung muss das Schaffen von umfassend nachhaltigen Urlaubangeboten sein. Hierzu werden wir Modellprojekte unterstützen.

Bei einer älter werdenden Bevölkerung und dem Trend zum Inlandsurlaub muss das barrierefreie Erleben von Natur und Kultur als Förderziel stärker im Mittelpunkt stehen. Fehlende Barrierefreiheit ist bereits heute ein ernst zu nehmender Wettbewerbsnachteil.

Die Anbindung wichtiger Tourismusziele an die Schiene und den übrigen ÖPNV werden wir insbesondere im Harz und an der Küste bis hin zu den Übergängen zu den Inseln verbessern. CO₂-armer Tourismus trifft ebenso auf wachsendes Interesse der KundInnen wie sanfter Tourismus. Als regionsübergreifende Wachstumssegmente werden wir diese Formen des Fremdenverkehrs besonders unterstützen. Beispiele sind Ferien auf dem Bauernhof und das Rad-, Wasser- oder Fernwandern. Nachhaltiger Tourismus kann einen großen Beitrag gerade für strukturschwache Regionen leisten. Ressourcenverschwendende und Umwelt zerstörende touristische Großprojekte, wie etwa neue Skipisten im Harz, die vorrangig auf künstlichen Schnee setzen, lehnen

wir dagegen ab. Mit Schneekanonen kann man den Klimawandel nicht aufhalten. Der Städte- und Kulturtourismus entwickelt sich zu einem eigenständigen Wachstumsmarkt. Er profitiert insbesondere von dem vielfältigen Angebot der großen Städte (Staatstheater, Museen und Messen), aber auch von der – dank Denkmalschutz – weitgehend restaurierten Pracht einiger mittelalterlicher Fachwerkstädte in Niedersachsen.

Die landesweit aktive Tourismus-Marketinggesellschaft (TMN) muss weiter gestärkt werden, nicht nur durch Fördermittel des Landes, sondern auch durch eine aktivere Beteiligung und Kooperation der Tourismusregionen. Dazu ist es erforderlich, den Tourismuskommunen auch in strukturschwachen Regionen dafür die haushalterischen Spielräume innerhalb des vorgegebenen Konsolidierungsrahmens zu genehmigen.

ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT GEHT AUCH NACHHALTIG

Die Ernährungsindustrie hat sich hinter der Automobilwirtschaft zum umsatzstärksten verarbeitenden Gewerbe in Niedersachsen entwickelt. Dies ist mit einer erheblichen Konzentration mit leider nicht immer fairen Arbeitsbedingungen verbunden gewesen. Nicht nur bei der produzierenden Landwirtschaft,

auch bei der Weiterverarbeitung wollen wir deshalb Förderungen und Planungsrecht in Zukunft restriktiver einsetzen, um gerade den verbliebenen Familienbetrieben ein Bestandsrecht zu sichern und AnwohnerInnen vor zu großen Belastungen zu schützen.

Weitere Schwerpunkte grüner Politik in diesem Bereich zielen auf sozialverträgliche Mindestlöhne, Kennzeichnungs- und Zertifizierungsverpflichtungen und stärkere Gesundheitsvorsorge im Emissionsrecht mit entsprechenden Kontrollen. Umfassende Verbraucherinformation und Transparenz über Produktherkunft und Inhaltsstoffe sollen in der niedersächsischen Ernährungswirtschaft zum Qualitätskennzeichen werden.

Mit EU-Hilfe besonders fördern wollen wir bäuerliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung, pestizidfreier Landbewirtschaftung und Biolandbau, möglichst eingebunden bei der Weiterverarbeitung in regionale Wertschöpfungsketten (► S. 65).

KLIMAVERTRÄGLICHE AUTOMOBILWIRTSCHAFT FÖRDERN

Der Erfolg moderner Verkehrspolitik ist nicht an den Anmeldezahlen von Kraftfahrzeugen zu messen, sondern am Zugang zur Mobilität – zum Beispiel durch Car-Sharing. Davon unabhängig hat Niedersachsen traditionell eine starke Automobil-

industrie. Wir GRÜNE wollen, dass Niedersachsen ein Vorbild für den Bau und die Zukunftsfähigkeit von umweltfreundlichen Autos wird. Mit zukunftsgerechten Konzepten wollen wir die Arbeitsplätze sichern. Das wird angesichts der weltweiten Überkapazitäten aber nur gelingen, wenn Fahrzeuge zu wettbewerbsfähigen Preisen produziert werden und den künftigen Herausforderungen am Markt gerecht werden. Außerdem muss sich die Wertschöpfung der Automobilindustrie in Niedersachsen von der Produktion auf umfassende Mobilitätsdienstleistungen ausweiten.

Unser Ziel ist es, dass die effizientesten, sparsamsten und umweltfreundlichsten Automobile der Welt in Niedersachsen entwickelt und gebaut werden. Dazu gehört auch die Produktion von konkurrenzfähigen Elektro-Autos. Um mit regenerativ gespeistem Elektroantrieb Individualmobilität im Flächenland zu ermöglichen, ist noch umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsarbeit nötig. Fahrzeugbatterien können zukünftig als mobile Stromspeicher genutzt werden, um beispielsweise überschüssigen Windstrom aus dem Netz aufzunehmen und bei Bedarf ins Netz zurückzuspeisen. Vor allem im Hinblick auf verbesserte Reichweiten, ihre Umweltverträglichkeit und den Aufbau der erforderlichen Versorgungsinfrastruktur ist hier noch viel zu tun. Das Land als An-

teileigner am VW-Konzern muss darauf achten, dass sich Forschung und Entwicklung auch auf die drastische Senkung des Verbrauchs der neuen PKW-Flotten mit Verbrennungsmotor konzentrieren. Ziel muss es sein, bis 2020 einen durchschnittlichen CO₂-Grenzwert aller Neuwagen von 80 Gramm pro Kilometer zu erreichen.

Wir setzen uns für den Erhalt des VW-Gesetzes ein. Es hat großen Anteil am bisherigen wirtschaftlichen Erfolg und an der Sicherung von Arbeitsplätzen bei VW. Das Land als Anteilseigner sollte sicherstellen, dass die oben genannten Ziele von VW in Angriff genommen werden und dass die weltweiten Aktivitäten des Konzerns Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards gerecht werden und Transparenz darüber hergestellt wird.

Die Forschungsaktivitäten der drei niedersächsischen Technischen Hochschulen in Clausthal, Braunschweig und Hannover (NTH) sowie der Ostfalia im Bereich der Materialeffizienz und der Antriebs- und Energietechnik wollen wir deutlich verstärken. Daneben ist eine gemeinsame Anstrengung der Forschungsinstitutionen und der Automobilindustrie nötig, um ein Kompetenz- und Forschungsfeld für ergänzende Produkte zur Autoherstellung in Niedersachsen aufzubauen und dadurch Beschäfti-

gung zu sichern. Beispiele für solche ergänzenden Produkte sind Blockheizkraftwerke (BHKW)*.

Wir wollen als weiteres zentrales Ziel den Umbau der Automobilwirtschaft zur Mobilitätswirtschaft befördern. Deren Heil läge nicht mehr in der unbegrenzten Steigerung der Autoproduktion, sondern in einer breiteren Produktpalette, die für eine zukunftsfähige Gestaltung von Mobilität in Deutschland und weltweit benötigt wird. Dafür ist eine gemeinsame Anstrengung der Forschungsinstitutionen und der Automobilindustrie in Zusammenarbeit mit den ArbeitnehmervertreterInnen nötig, um in Niedersachsen ein Kompetenz- und Forschungsfeld „Zukunftsfähige Mobilität“ aufzubauen. Die Mobilität der Zukunft bedarf vermehrt individuell zugeschnittener und vernetzter Mobilitätskonzepte aus Bahn, ÖPNV, (Elektro-)Fahrrad und Car-Sharing. Autohersteller müssen vom PKW über Busse und E-Bikes bis zur Software die Komponenten einer solchen ressourcensparenden, mobilen Vernetzung anbieten können, anstatt allein auf den individuellen Autobesitz zu setzen. Nur wer auf dem Zukunftsmarkt vernetzter Mobilitätskonzepte gute Angebote

macht, wird dauerhaft Arbeitsplätze in der Automobilwirtschaft sichern können.

HANDWERK MIT GRÜNEM BODEN

Das Handwerk leistet auch und gerade in Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, zur ökologischen Modernisierung und zur regionalen Wertschöpfung. Konsequenter Klimaschutz bedeutet nichts anderes als Investitionen in Handwerksleistungen: von der Energieeinsparung über Energieeffizienz bis zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bei der energetischen Gebäudesanierung zieht jeder Euro aus öffentlichen Mitteln sieben bis acht Euro zusätzliche private Investitionen nach sich. Es sind gerade die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe, die vor Ort den Umbau der Energieversorgung und nachhaltiges Bauen und Wohnen umsetzen. Wir GRÜNE werden 2013 durch entsprechende Förderkriterien und Klimaschutzstandards die Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit der zukunftsgerechte Umbau vor Ort forciert wird.

DIE ENERGIEWENDE FÜR NIEDERSACHSEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Durch verstärkte Förderung von Energieeinspar-Maßnahmen und den beschleunigten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung bis 2020 in Niedersachsen mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugen, als Strom insgesamt in Niedersachsen verbraucht wird
- ▶ Beendigung der Mais-Monokulturen für Biogasanlagen durch Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz und Schaffung von Anreizen zur bedarfsgerechten Einspeisung, um Wind- und Sonnenstrom zu verstetigen
- ▶ Beschleunigung des überregionalen und lokalen Netzausbaus, soweit er für den Ausbau der Erneuerbaren Energien notwendig ist, und bürgerInnenfreundliche Vorgaben zur Erdverkabelung
- ▶ Beschleunigung der energetischen Sanierung von Altbauten und Erhöhung des Anteils von Neubauten im Passivhausstandard
- ▶ Eine sicherheitstechnische Nachrüstung der verbliebenen Atomkraftwerke und -anlagen ist zwingend erforderlich. Eine schnellere Abschaltung als geplant muss aus sicherheitstechnischen Gründen insbesondere wegen der Risiken durch menschliches Versagen und wegen der Terrorgefahr möglich sein.
- ▶ Auch als Lehre aus der Katastrophe in der Asse fordern wir die schnellstmögliche Rückholung des absaufenden Atommülls und einen völligen Neustart bei der Endlagersuche. Unser Ziel ist, dass das geologisch ungeeignete und politisch verbrannte Endlagerprojekt Gorleben so schnell wie möglich beendet wird und in Schacht Konrad keine Fakten geschaffen werden.

Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist längst Realität. Auch hierzulande nehmen extreme Wetterereignisse wie Stürme, heftige Niederschläge und Trockenperioden zu. Temperatur und Meeresspiegel werden weiter steigen. Der Verbrauch fossiler Energien wie Kohle, Öl oder Gas hat die von Menschen gemachte Klimaveränderung besonders vorangetrieben. Aber auch die Art und Weise unserer Landwirtschaft, die Zerstörung der Moore und der hohe Fleischkonsum tragen zum Treibhauseffekt bei.

In Niedersachsen stammen bereits 25 Prozent der Treibhausgas-Emissionen aus der Landwirtschaft und dabei sind die Importe von manipuliertem Soja aus ehemaligen Regenwaldgebieten in Südamerika noch nicht eingerechnet. Beim Klimaschutz wollen wir daher keinen Bereich ausnehmen. Besonders der Schutz unserer Moore als natürlicher CO₂-Speicher, deren Zerstörung durch die Landesregierung immerhin zwölf Prozent der jährlichen Treibhausgas-Emissionen ausmacht, hat für uns höchste Priorität. Damit die Auswirkungen des Klimawandels nicht völlig unbeherrschbar werden, darf sich die globale Temperatur nicht um mehr als zwei Grad erwärmen.

Zur Einhaltung dieser Grenze dürfen weltweit noch maximal 700 Gigatonnen Treibhausgas in die At-

mosphäre gelangen. Das entspricht pro Erdbewohner einer Menge von 100 Tonnen. Bei einem jährlichen Ausstoß von weiterhin 10 Tonnen pro Kopf wäre das deutsche Budget bereits innerhalb eines Jahrzehnts erschöpft. Daraus folgt: Der Umbau zu einer klimaneutralen Energieversorgung ist unumgänglich und darf nicht durch Verlagerung unserer schlechten Klimabilanz in andere Länder erfolgen. Eine ganzheitliche Umwelt- und Energiebilanz und eine globale Betrachtung der Stoffströme gehören für uns zu einer ethischen Klimapolitik dazu. Wir wollen global denken und in Niedersachsen verantwortlich handeln. Die verbliebene Zeitspanne ist zu kurz für nicht zieltaugliche Zwischenlösungen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat viel Papier bedrucken und Kommissionen tagen lassen. Sie steht aber ansonsten auf der Bremse. Sie behindert weiterhin die Windenergie und den dafür notwendigen Netzausbau und unterstützt die massiven Kürzungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für die Solarenergie. CDU und FDP beweisen mit dem Festhalten an neuen Kohlekraftwerken klimapolitische Blindheit.

Grünes Ziel ist der vollständige Umbau unserer Energieerzeugung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien. Dies wird nur gelingen, wenn wir mindestens die Hälfte unseres der-

zeitigen Energieverbrauchs einsparen. Ein weiterer Fokus muss auf einer europaweiten Koordinierung der Energiewende und einer möglichst dezentralisierten Energieversorgung liegen. Energiewende bedeutet für uns vor allem auch, weg vom Öl und hin zu einer Energieversorgung zu kommen, die uns unabhängiger von internationalen Preisschwankungen und internationalen Konflikten macht.

Wie wir zu einer enkelnuntauglichen Energieversorgung für Niedersachsen kommen, haben wir in unserem „Grünen Energieszenario“ ausführlich dargelegt.

EFFIZIENZREVOLUTION STATT VERSCHWENDUNG

Die Potenziale an Erneuerbaren Energien sind durch die beanspruchten Flächen, die natürlichen Energieströme und die technischen Möglichkeiten begrenzt. Der größte Beitrag zum Klimaschutz ist daher die Einsparung von Energie. Die in der Vergangenheit niedrigen Brennstoffpreise haben in vielen Bereichen zu unnötig verschwenderischem Umgang mit Energie geführt. Daraus ergeben sich große Einsparpotenziale in Industrie, Haushalten und Verkehr, zum Beispiel durch energetische Gebäudesanierung oder CO₂-arme Fahrzeugantriebe. Diese wollen wir durch ordnungsrechtliche Maßnahmen und markt-

wirtschaftliche Anreize fördern. Wir brauchen eine neue Kultur der Einsparung, der Langlebigkeit von Produkten und der nachhaltigen Lebensstile.

Einen Energieverbrauch im heutigen Umfang wird sich Niedersachsen künftig nicht mehr leisten können und wollen. Die Verbrauchsminderung hat höchste Priorität. Dies muss neben der effizienteren Energie-Nutzung und -Wandlung auch durch Anpassungen der Wirtschafts- und Lebensweise geschehen. Große Einsparpotenziale liegen im Gebäudebestand. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Anreize zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes verstärkt werden.

Mit einer neu zu schaffenden Niedersächsischen Klimaschutz- und Effizienzagentur wollen wir Kommunen, Unternehmen und Privatleute beraten, beim Ressourcen- und Klimaschutz unterstützen und energiesparendes Konsum- und Nutzungsverhalten fördern. (▶ S. 39) Ein Niedersächsisches Klimaschutz- und Energie-Einspargesetz, das bis 2020 eine Senkung der Treibhausgas-Emissionen von 40 Prozent gegenüber 1990 vorsieht, soll mit klaren Zielen und Maßnahmen zentraler Hebel der Landespolitik werden. Wir werden auch die landeseigenen Liegenschaften und Gebäude endlich energetisch über-

prüfen und sanieren. Alle Landes-einrichtungen sollen in Zukunft nur noch Ökostrom einsetzen. Statt den denkmalgeschützten Landtag abzureißen, wollen wir ihn erhalten und energetisch modernisieren.

Wir GRÜNE wollen außerdem in einer strategischen Forschungsallianz energiesparende Technologien in Gebäuden, Verkehr, Haushalten, Landwirtschaft und Technik verstärkt fördern. (▶ S. 103)

DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR

Niedersachsen liegt dank des rot-grünen Erneuerbare-Energien-Gesetzes¹ (EEG) mit einem Anteil von ca. 35 Prozent des niedersächsischen Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien bereits deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Hunderttausende Arbeitsplätze sind im Bereich der regenerativen Energieerzeugung entstanden. Wir GRÜNE haben ein ehrgeiziges, aber realistisches Ziel: Bis 2020 wollen wir in Niedersachsen mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugen, als im Land insgesamt verbraucht wird! Das Landesraumordnungsprogramm ist im Hinblick auf diese Zielsetzung zu überarbeiten. Die bisher ausgewiesenen Vorrangstandorte für neue Kohlekraftwerke und große Kraftwerke ohne Wärmenutzung werden wir streichen, weil dafür kein Bedarf mehr besteht. Wir GRÜNE setzen dagegen auf de-

zentrale, erneuerbare und energieeffiziente Kraftwerkslösungen, wie zum Beispiel Blockheizkraftwerke.

MEHR (RE-)POWER FÜR DIE WINDENERGIE

Windenergie wird in der postfossilen Energieversorgung in Niedersachsen den größten Beitrag liefern. Im „Grünen Energieszenario“ macht Wind zwei Drittel der Stromproduktion aus – davon wiederum stammen drei Viertel aus Onshore-Anlagen².

Niedersachsen ist bei der Nutzung der Windenergie bundesweiter Spitzenreiter. Jede vierte Anlage steht in Niedersachsen. Auch bei der Herstellung sind wir erfolgreich. Jedes zweite Windrad in Deutschland ist ein „Niedersachse“! Viele Potenziale an Land und auf dem Wasser bleiben aber durch die windenergiefeindliche Politik der schwarz-gelben Landesregierung ungenutzt. Nach den Boom-Jahren unter Rot-Grün im Bund ging unter Schwarz-Gelb der jährliche Zuwachs deutlich zurück.

Wir wollen daher die Potenziale der Windenergie besser nutzen – unter Beachtung strenger Naturschutzziele wie etwa des Vogelschutzes. Dazu wollen wir die Ausweisung neuer Standorte und das Repowering alter Anlagen durch moderne Neuanlagen mit erheblich höheren Ener-

giegewinnen und leiserer Technik fördern. Der technische Fortschritt erlaubt es, die niedrigen, schnell drehenden Altanlagen abzubauen und bei hohem Leistungszuwachs durch wenige langsam drehende Windenergieanlagen zu ersetzen. Wir GRÜNE setzen uns zudem dafür ein, dass abgebaute, aber noch funktionstüchtige Anlagen nach Möglichkeit nicht verschrottet, sondern andernorts weiterverwendet werden.

Wir wollen über die Raumordnung ausreichend Landesfläche zu windenergiegeeigneten Gebieten erklären und vor allem Bürger-Windparks mit hoher Akzeptanz fördern. Hierbei wollen wir vor allem auch neue Onshore-Standorte schaffen. Naturschutz- und Vogelschutzgebiete, die von der Windenergie beeinträchtigt werden können, sind von den Vorranggebieten auszunehmen. Zu Schwerpunktorkommen sensibler Vogelarten und Fledermäuse sind angemessene Abstände einzuhalten. Die Kommunen und BürgerInnen sollen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Ausweisung von Windenergie-Vorranggebieten und bei der wirtschaftlichen Nutzung der Windenergie bekommen. Hierbei steht für uns der Dialog mit allen Beteiligten im Zentrum. Die pauschale Höhenbegrenzung im Landesraumordnungsprogramm ist auf Initiative der GRÜNEN endlich gestrichen worden. Für uns haben

die Energiewende und der dafür benötigte Ausbau klare Priorität.

Wir GRÜNE unterstützen auch den Ausbau der Offshore-Windenergie vor den niedersächsischen Küsten. Die dort entstehende Industrie mit neuen Arbeitsplätzen und hohen Stromerträgen durch die hohen Windgeschwindigkeiten auf See wird vor allem wegen ihrer Grundlastfähigkeit einen bedeutsamen Teil zur Energiewende beitragen. Die Förderung der Windenergie auf See soll allerdings mittelfristig nicht höher sein als die der Onshore-Windenergie. Gerade für einen dezentralen Ausbau mit Stadtwerken, Kommunen und BürgerInnen-Energiegenossenschaften sehen wir die größten Potenziale weiterhin an Land. Die Belange des Natur- und Artenschutzes sind auf See genauso zu berücksichtigen wie an Land. Der Schutz des Nationalparks Wattenmeer beim Bau der Kabeltrassen wird von uns GRÜNEN als vorrangig eingestuft.

Als dezentrale, bürgernahe Ergänzung zur On- und Offshore-Großwindkraft haben wir GRÜNE auch die Kleinwindkraft im Blick. Wir werden endlich die Blockade der alten Landesregierung und die damit verbundene planerische Unsicherheit für potenzielle NutzerInnen dieser einfachen Technologie in Niedersachsen beenden. Darüber hinaus werden wir uns auch auf

Bundesebene für eine angemessene Vergütung einsetzen.

SONNE FÜR ALLE – DIE SUN-BLOCKER VON FDP UND CDU STOPPEN

Auch die Photovoltaik zur direkten Umwandlung der Solarstrahlung in Strom wird in der postfossilen Energieversorgung einen erheblichen Beitrag liefern. Photovoltaik stellt von der zeitlichen Verteilung her eine gute Ergänzung des Windstrom-Angebots dar. Die schwarzgelbe Landesregierung hat gegen niedersächsische Interessen den massiven Kahlschlag bei der Solarförderung unterstützt. Statt eines weiteren erfolgreichen Ausbaus sollen nach dem Willen von CDU und FDP in Zukunft nicht 7,5 Gigawatt, sondern nur noch 2,5 Gigawatt pro Jahr installiert und zehn Prozent des Solarstroms nicht mehr über das EEG vergütet werden. Dadurch sind Tausende Arbeitsplätze in niedersächsischen Unternehmen und im Handwerk bereits verloren oder gefährdet. Deshalb wollen wir die Sunblocker von FDP und CDU bei der Landtagswahl stoppen.

Im „Grünen Energieszenario“ stammt gut ein Drittel der Stromproduktion aus Solarmodulen. Wir wollen diese überwiegend auf den vielen sonnengeeigneten Dachflächen, auf Industriebrachen, überdachten Parkplätzen und ander-

weitig kaum nutzbaren Flächen installieren. Wir wollen dafür den notwendigen Rahmen schaffen und die Nutzung der Photovoltaik auch gegenüber den berechtigten Interessen des Denkmalschutzes stärken. Den Verbrauch von Grünland-, Acker- und unversiegelten Naturflächen für Freiflächenanlagen halten wir derzeit nicht für sinnvoll und förderwürdig.

Fortschritte in der Technik werden zu weiteren erheblichen Kostensenkungen bei Solarstrom führen. Das niedersächsische Solarforschungsinstitut (ISFH) in Emmerthal wollen wir für innovative, umweltschonende Techniken weiter fördern und vor allem die Erfassung von geeigneten Dachflächen in einem Solarkataster und die Kombination mit dezentralen Stromspeichern verstärken.

Über die Stromerzeugung mit Photovoltaik hinaus kann die Sonne aber noch mehr. Mit Solarkollektoren und Wärmepumpen soll ihre Energie auch stärker zum Heizen genutzt werden. Besonders wollen wir auch die Anwendung neuer Techniken in der heimischen Wirtschaft und Produktion bei uns im Lande fördern. Niedersachsen soll das Sonnenland der blauen Fabriken und Dächer werden!

BIOENERGIE RICHTIG MACHEN - VERMAISUNG STOPPEN

Neben Biodiesel und Bioethanol ist Bioenergie heute zu zwei Dritteln Maisenergie für Biogas. Auf dreißig Prozent der niedersächsischen Ackerfläche wird Mais angebaut, mehr als ein Drittel davon für Biogasanlagen. Das ist der falsche Weg. Seit langem treten wir daher für grundlegende Änderungen in der Förderpolitik ein.

In einigen Regionen Niedersachsens sind durch die massiven Mais-Monokulturen bereits gravierende Probleme eingetreten: Boden-Erosion, Grundwasserbelastung, Humusabbau, starke Pachtpreiserhöhungen und erhebliche Akzeptanzprobleme bei der Bevölkerung. Naturschutz existiert hier nicht mehr. Die heutigen konventionellen Anbaumethoden belasten Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Artenvielfalt.

Bereits jetzt sind 59 Prozent der Landesfläche von einer deutlich zu hohen Nitratbelastung des Grundwassers betroffen, Tendenz steigend. Ursache ist neben dem unkontrollierten Gülleinsatz und der Zunahme der Tierproduktion auch die Vermaisung.

Wir wollen, dass in Biogasanlagen überwiegend biogene Reststoffe verwendet werden. Durch Änderungen in der Struktur des

Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) werden wir dafür sorgen, dass Fruchtfolgen und eine effiziente Wärmenutzung oder Einspeisung ins Gasnetz verbindlich für die Förderung werden. Mit Wildpflanzenmischungen können heute schon gute Ergebnisse für Klima- und Umwelt erzielt werden. Wir wollen daher den NaWaRo- und den Gülle-Bonus durch einen Ökobonus für naturschutzfreundliche Erzeugung ersetzen.

Kleine Anlagen zur Verwertung von betrieblichen Reststoffen in der Hand von BäuerInnen oder Energiegenossenschaften wollen wir im Rahmen des EEG und bei der baurechtlichen Privilegierung besonders berücksichtigen. Biogasanlagen können eine besondere Rolle bei der Netzstabilität einnehmen. Deshalb sollen Anlagen wirksame Anreize zur bedarfsgerechten Einspeisung erhalten, um Strom dann zu produzieren, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Landesplanung den Neubau von Biogasanlagen steuern und begrenzen darf. Etwa ein Fünftel der Energiepflanzen-Anbaufläche in Niedersachsen wird heute für die Biodiesel- und Bioethanol-Produktion verwendet. Wir streben eine Verringerung zugunsten einer verträglichen Biogas-Produktion an, weil sich damit rund der dreifache Energieertrag pro

Hektar erzielen lässt. Nach unserem Energiewendekonzept soll der Anbau von Energiepflanzen 20 Prozent der Anbaufläche in keiner Region überschreiten. Nahrungsmittelerzeugung und Naturschutz haben Vorrang. Importe, insbesondere von Palmöl aus ehemaligen Regenwaldgebieten, lehnen wir ab.

INTELLIGENTE NETZE UND SPEICHER

Um Schwankungen der Wind- und Solarenergie auszugleichen, brauchen wir neue, überregionale und dezentrale, intelligente Netze und Speicher. Zur Nutzung von skandinavischen Pumpspeicherwerken wollen wir auch das sogenannte NORGER-Seekabelprojekt antreiben. Zusätzliche dezentrale Speichermöglichkeiten in Niedersachsen, wie etwa die Nutzung stillgelegter Bergwerke im Harz als Pumpspeicherwerke, wollen wir ebenso fördern. Die Stromspeicherung ist von zentraler Bedeutung. Wir setzen uns daher für intensive Forschung auf diesem Gebiet ein. Unser Ziel ist es, innerhalb der kommenden Legislaturperiode zu einer langfristig tragfähigen Entscheidung für ein Stromspeichersystem zu kommen. Priorität vor erneuten großindustriellen Lösungen hat für uns die Entwicklung von dezentralen Speichern, wie die Förderung von integrierten Pufferspeichern

bei Photovoltaik-Anlagen und Onshore-Windparks sowie die speicherfähige Umwandlung der Stromüberschüsse aus Wind und Sonne, wie zum Beispiel in Methan und Methanol. Durch eine vorrangig dezentrale Energieerzeugung und -speicherung lässt sich auch der Umfang des notwendigen Ausbaus der großen Übertragungsnetze reduzieren und Übertragungsverluste sowie die Wahrscheinlichkeit eines Netzausfalls minimieren. Dabei ist auch eine Nutzung des niedersächsischen Binnenkanalsystems zur intelligenten Zwischenspeicherung von Erneuerbaren Energien zu prüfen. Die unterirdische Speicherung von Gasen oder anderen Stoffen z.B. in Salzstöcken lehnen wir allerdings ab, wenn zu erwarten ist, dass Bodenabsenkungen zu erheblichen Schäden an Landschaft und Eigentum führen werden.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Energieerzeuger am Ausbau der Speicherkapazitäten finanziell beteiligt werden und die Bereitstellung von Speichern verlässlich vergütet wird.

Das Stromnetz muss wegen der Schwankungen von Wind- und Solarenergie und wegen der veränderten räumlichen Verteilung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch auf das Zeitalter der Erneuerbaren Energien neu ausgerichtet werden. Dafür ist der Ausbau der großen Übertragungsnetze wie der

kleinräumlichen Verteilnetze erforderlich. Durch den Ausbau des europäischen Stromnetzes kann mit dem räumlichen Ausgleich über verschiedene Wetterzonen hinweg der Speicherbedarf minimiert werden. Des Weiteren sollen intelligente Netze, die eine Anpassung des zeitlichen Verlaufs des Energieverbrauchs an die Einspeisung durch Erneuerbare Energien ermöglichen, den notwendigen Speicherbedarf reduzieren. Wir GRÜNE setzen beim Netzausbau für eine höhere Akzeptanz und Umweltschonung vor allem auf die Erdverkabelung. Die Trasse Wahle-Mecklar wollen wir, wie von den BürgerInnen-Initiativen zu Recht gefordert, als Pilotstrecke für eine HGÜ-Erdverkabelung nutzen. Dafür müssen alle landespolitischen Spielräume genutzt werden, um beim Bund Druck für eine notwendige Änderung des Energie-Leitungs-Ausbaugesetzes (ENLAG) zu machen. Weil die Netzinfrastruktur Teil der Daseinsvorsorge ist, gehört diese in öffentliches Eigentum.

Wir GRÜNE setzen grundsätzlich auf die Energiewende von unten. Daher werden wir durch fachliche Beratungsangebote die Bemühungen vieler Kommunen zum Rückkauf ihrer Verteilnetze und beim Ausbau der Eigenstromerzeugung in Gemeinde- und Stadtwerken unterstützen. Die bisherigen Inhaber der Konzessionen – die vier großen Energieversorger – haben zur Ge-

nüge bewiesen, dass sie kurzfristig gewinnorientiert und nicht an einer sicheren und nachhaltigen Stromwirtschaft interessiert sind. Sie sind verantwortlich für das viel zu lange Festhalten an der Atomenergie, am Neubau von Kohlekraftwerken und für das Verschleppen der Netzmodernisierung für Erneuerbare Energien.

SCHNELLER ATOMAUSSTIEG – KEIN ATOMKLO NIEDERSACHSEN

Die Atomkraft ist und bleibt eine unverantwortbare Risikotechnologie. Tschernobyl und Fukushima haben das angeblich Udenkbare Wirklichkeit werden lassen. Deshalb muss der Atomausstieg jetzt konsequent vollendet werden. Auch in Mitteleuropa gibt es genug Warnsignale: Der Brand im Atomkraftwerk Krümmel, die endlosen Störfälle in den AKWs Esenshamm und Brunsbüttel oder der Beinahe-GAU im schwedischen AKW Forsmark, das mit niedersächsischen Anlagen baugleich ist. All diese Fälle führen uns vor Augen, wie unzuverlässig Atomkraft-Betreiber sind. Eine Reaktor-Katastrophe ist auch in Niedersachsen jeden Tag möglich. Die Atomaufsicht des niedersächsischen Umweltministeriums hat bis heute keine Konsequenzen für die Nachrüstung noch laufender Atomkraftwerke gezogen. Bestehende Sicherheitsmängel werden

ignoriert. Neben den Risiken durch menschliches und technisches Versagen bleibt die Terrorgefahr unbeherrschbar: Kein Atomkraftwerk der Welt kann ausreichend vor terroristischen Angriffen geschützt werden. Wir GRÜNE wollen die Katastrophenschutzpläne sowohl für die noch laufenden als auch für die abgeschalteten Atomkraftwerke sowie für Atomtransporte transparent machen und grundsätzlich überarbeiten. Erfahrungen aus der Fukushima-Katastrophe und neue Erkenntnisse zur Niedrigstrahlung sind einzubeziehen. Dazu gehört auch eine deutliche Ausweitung der Evakuierungszonen. Wir GRÜNE wollen zudem eine sicherheitsorientierte Nachrüstung noch laufender Atomkraftwerke in Grohnde und Lingen, die nach unserer Überzeugung zu einem früheren Abschalten als geplant führen wird. Je früher die Atomkraftwerke vom Netz gehen, umso besser.

Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang auch für die sofortige Schließung des Luft-Boden-Übungsplatzes „Nordhorn-Range“ aus. Die unmittelbare Nähe des Bundeswehr-Übungsplatzes zum AKW „Emsland II“ und zur angrenzenden Atomindustrie in Lingen stellt ein zusätzliches, unkalkulierbares und nicht hinnehmbares Risiko für die Bevölkerung dar.

Es ist notwendig, das Atomgesetz

(AtG) auf Bundesebene zu verschärfen, damit die Atomaufsichten den Betreibern Fristen für den Rückbau abgeschalteter Atommeiler setzen können. Bei den bereits abgeschalteten AKW Brunsbüttel und Krümmel sieht man, dass Vattenfall auf Zeit spielt. Die milliardenschweren Rückstellungen der Atomkonzerne für Rückbau, Zwischen- und Endlagerung gehören in einen öffentlich-rechtlichen Fonds.

Das Land Niedersachsen soll sich im Bund dafür einsetzen, dass der Einsatz plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente in allen noch laufenden Atomkraftwerken durch eine Änderung des Atomgesetzes schnellstmöglich verboten wird. Der Einsatz dieser Technologie in Reaktoren und die Transporte dieses Materials bergen besonders hohe Risiken. Die atomare Wiederaufarbeitung wurde auch wegen dieser Gefahren bereits in vielen Ländern Europas eingestellt oder gestoppt. Die noch aus Altverträgen vorhandenen MOX-Restmengen sind an den aktuellen Standorten in Spezialbehälter zu verpacken, zwischenzulagern und später in ein geeignetes atomares Endlager zu bringen. Dafür sind die vertraglichen Voraussetzungen herzustellen.

Die Atommüllberge wachsen mit jedem Tag, an dem die Reaktoren laufen. Trotz aller Beteuerungen und Versprechen der Atomindust-

rie gibt es bis heute in Deutschland kein Endlager in Betrieb, um radioaktive Abfälle für Hunderttausende von Jahren sicher zu entsorgen. Die bisherigen Versuche der Endlagerung schwach- und mittlerradioaktiver Abfälle sind in Deutschland entweder desaströs gescheitert (Asse) oder mussten vorzeitig abgebrochen werden (Morsleben). Jedes Gramm zusätzlicher Atommüll verschärft die Risiken für Mensch und Umwelt. Darum bleibt der schnellstmögliche, weltweite Ausstieg aus der Atomenergie unser Ziel, für das wir parlamentarisch und außerparlamentarisch kämpfen.

Um den Atomausstieg zu vollenden, brauchen wir eine Internationalisierung des Widerstandes. Dabei spielen die vielen negativen Erfahrungen in Niedersachsen mit dieser nicht beherrschbaren Technologie eine wichtige Rolle.

ATOMKATASTROPHE ASSE II – DER RADIOAKTIVE MÜLL MUSS BESCHLEUNIGT RAUS

Wie unsicher das Entsorgen des Atommülls ist, zeigt die Entwicklung im Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel. Die Asse sei „sicher für alle Zeiten“ hieß es von Seiten der Atomwirtschaft und der Wissenschaft. Heute gilt die Asse als eines der größten Umweltprobleme in Europa. Rund 127.000 Fässer mit schwach- und mittlerradioaktivem

Abfall lagern in dem Schacht, der als Prototyp für Gorleben geplant war. Die Sicherheitsprognosen für die Asse haben sich bereits nach zehn Jahren als falsch erwiesen. Salzlauge dringt in das Grubengebäude ein, das in seiner Standsicherheit gefährdet ist. Heute ist klar, dass radioaktives Material mit Grundwasser aus dem Deckgebirge in Kontakt tritt. Die Lage kann sich jederzeit zuspitzen, mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur. Wir halten die Rückholung des atomaren Mülls für die einzige Möglichkeit, Langzeitsicherheit herzustellen. Bundes- und Landesregierung müssen alles dafür tun, den atomaren Müll aus dem Atommülllager Asse II so schnell wie möglich zurückzuholen. Dabei muss der Schutz der Bevölkerung und der ArbeitnehmerInnen in der Asse sichergestellt sein. Zu einer schnellen und sicheren Rückholung gehören auch die Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen und die parallele Bearbeitung zeitlich aufeinander folgender Verfahren. Um die Rückholung des Atommülls aus der Asse zu beschleunigen, muss das Atomrecht novelliert werden. Dabei dürfen weder die BürgerInnen-Beteiligung noch die Anforderungen für die Langzeitsicherheit reduziert werden, nach deren strengen Sicherheitskriterien die Stilllegung zu erfolgen hat. Das Bundesamt für Strahlenschutz muss das Verfahren mit breiter und intensiver Bürger-

Innen-Beteiligung insbesondere mit der Asse-Begleitgruppe durchführen. Im Zusammenhang mit der Lagerung und der Rückholung der Abfälle aus der Asse fordern wir einen gerechten Lastenausgleich. Die Kommunen um den Asse-Schacht brauchen angesichts der ungewollten Risiken unsere Unterstützung bei der Entwicklung einer atommüllfreien Zukunft.

AUS DER ASSE LERNEN – GORLEBEN AUFGEBEN

Die katastrophale Situation bei der Asse II zeigt eindringlich die gewaltigen Probleme bei der Endlagersuche. Der Standort wurde festgelegt, weil ein unrentables stillgelegtes Salzgewinnungsbergwerk zufällig zur Verfügung stand. Das Gleiche gilt für Schacht Konrad in Salzgitter! Die kritischen Gegebenheiten des Standortes wurden ignoriert und lange Zeit geleugnet. Eine ähnliche Situation ist auch in Morsleben, nur 500 Meter von der niedersächsischen Landesgrenze, bei Helmstedt zu sehen: Auch dort gibt es einen „absaufenden“ Schacht, der mit Milliardenaufwand gesichert werden muss. Für die eingetretenen Schäden wollen wir die Verursacher in den Atomkonzernen auch finanziell zur Verantwortung ziehen. Unverändert versuchen CDU/FDP und die Atomlobby, Gorleben als Endlagerstandort durchzusetzen. Dabei ist längst klar: Gorleben ist

geologisch ungeeignet, politisch verbrannt und ein Schwarzbau. Der Standort verfügt nicht über ein durchgehendes Deckgebirge, es können wasserführende Störungen auftreten, es gibt Gasvorkommen und Permafrosttrisse, weshalb geologisch nicht begründbar ist, Gorleben im Suchverfahren für ein Endlager zu lassen. Gorleben wurde als Standort völlig willkürlich ausgewählt und es gab keine qualifizierte Öffentlichkeitsbeteiligung. Durch die Errichtung einer Pilot-Konditionierungsanlage zur endlagergerechten Umverpackung des Atommülls und durch die Nutzung angrenzender Flächen als Zwischenlager besteht aktuell eine faktische Vorfestlegung. Die Fortführung der als „Erkundung“ deklarierten Baumaßnahmen und der Arbeit an einer sogenannten vorläufigen Sicherheitsanalyse ausgerechnet durch Wissenschaftler, die maßgeblich am Desaster in der Asse beteiligt waren, ist ein deutliches Signal dafür, dass die aktuelle Landes- und Bundesregierung trotz anderslautender Bekundungen immer noch kein echtes Interesse daran hat, nach Alternativen zu Gorleben zu suchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine ergebnisoffene Endlagersuche ein. Wir halten an der Forderung nach einem echten Neubeginn der Suche fest. Ein tragfähiger Endlagersuchprozess muss ergebnisoffen, vertrauensbildend,

transparent und fair gestaltet werden. Dafür muss eine sofortige Beendigung der sogenannten vorläufigen Sicherheitsanalyse erfolgen. Die Tatsache, dass Gorleben mit weiteren Castortransporten zementiert werden darf, zeigt, wie wenig glaubwürdig der von CDU, CSU und FDP angekündigte Neubeginn in der Endlagerfrage ist. Wir fordern: Keine weiteren Castoren nach Gorleben. Zudem muss ein neuer Endlagersuchprozess in jeder Phase die Teilnahme und den Einfluss für Bürgerinnen und Bürger sichern und an höchsten Sicherheitszielen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik orientiert sein. Die Sicherheits- und Abwägungskriterien für einen derartigen Suchprozess müssen wissenschaftlich begründet sein, die Kriterien des Arbeitskreises Endlagersuche (AkEnd) weiterentwickeln und die Erfahrungen aus dem Asse-Desaster und dem Endlager Morsleben aufnehmen. Solange Gorleben im Vergleichspool der Standorte bleibt, wird versucht werden, die Sicherheitsanforderungen an den ungeeigneten Standort anzupassen. Gorleben kann wissenschaftlichen und geologischen Kriterien eines Endlagersuchgesetzes nicht standhalten. Ein Gesetzentwurf, der diese wichtigen Voraussetzungen nicht enthält, ist für uns nicht konsensfähig. Eine grüne Zustimmung gibt es nur für den realen Start einer ergebnisoffenen Suche. Endlagerverhandlungen

müssen das Ziel haben, den bestmöglichen Standort für Atommüll in Deutschland zu finden.

KEIN ATOMMÜLL IN SCHACHT KONRAD

Die Festlegung auf ein Endlager für alle Arten von radioaktivem Müll kann nur in einem nachvollziehbaren Verfahren mit höchsten Sicherheitsstandards getroffen werden. Die Öffentlichkeit und die Bürgerinitiativen sind dabei von Anfang an breit und transparent einzubeziehen. Weil Atommüll für Millionen Jahre gefährlich bleibt, gilt es, den relativ besten Standort zu wählen. Wir wollen, dass das Konzept der wartungsfreien, nicht rückholbaren Atommüllendlagerung hinterfragt wird. Wir wollen, dass Möglichkeiten erforscht und umgesetzt werden, um eine Überwachung von Endlagern auch weit über ihre Betriebsphase hinaus zu ermöglichen, so dass spätere Generationen die Möglichkeit haben, ein eventuelles Versagen des Sicherheitskonzeptes zu erkennen und korrigierend eingreifen können. Wir brauchen Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur über einen Zeitraum von 500 bis 1000 Jahren. Wir setzen uns für den Neubeginn bei der Endlagersuche ein. Auch im Schacht Konrad dürfen jetzt keine Fakten geschaffen werden, die Einlagerungsvorbereitungen in Schacht Konrad müssen beendet werden. Wir GRÜNE erteilen

Schacht Konrad eine politische Absage. Erst damit wird der Weg frei für eine neutrale, ergebnisoffene

und vergleichende Endlagersuche für alle Arten von Atommüll.

VORRANG FÜR EINE NACHHALTIGE, BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Eine vielfältige, ökologische und bäuerliche Landwirtschaft mit fairem Einkommen und ein Ende der Förderung und Privilegierung der Massentierhaltung in Niedersachsen
- ▶ Eine konsequente Umstellung der Förderung der Landwirtschaft auf Umwelt- und Tierschutz sowie gesellschaftliche Leistungen. Den Ökolandbau wollen wir angesichts steigender Nachfrage deutlich ausbauen und stärker fördern.
- ▶ Die Beendigung der einseitigen Pro-Gentechnik-Propaganda der Landesregierung. Wir werden Niedersachsen zur gentechnikfreien Region machen.
- ▶ Ein grüner Tierschutzplan, der

die Grausamkeiten der industriellen Massentierhaltung Stück für Stück beendet und die Ställe wieder an den Bedürfnissen der Tiere ausrichtet. Verstümmelungen von Tieren wollen wir genauso beenden wie die Käfighaltung von Hühnern.

- ▶ Stärkung der Arbeit der VerbraucherInnen-Beratung. VerbraucherInnen müssen Produkte hinsichtlich ihrer ökologischen und sozialen Erzeugungsbedingungen und ihrer Nachhaltigkeitsbilanz bewerten können.

Wir VerbraucherInnen wollen hochwertige, gesunde Lebensmittel zu fairen Preisen. Wir wollen, dass die Bäuerinnen und Bauern, die diese Lebensmittel produzieren, die Umwelt nicht übermäßig belasten, ihre

Tiere artgerecht halten und für ihre harte Arbeit ein angemessenes Einkommen erzielen. GRÜNES Ziel ist deshalb eine naturverträgliche und artgerechte, umwelt- und klimaschonende sowie gentechnikfreie Landwirtschaft. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Bewirtschaftung und Pflege unserer Regionen und Kulturlandschaften. Wir wollen auch in der Landwirtschaft mehr Klimaschutz durchsetzen. GRÜNE Politik ist auf den Schutz vielfältiger, bäuerlicher Strukturen mit fairen Einkommen und Löhnen angelegt. Industrielle Massentierhaltung, die in den vergangenen Jahren zu vielen Skandalen geführt hat, lehnen wir ab. Unser Leitbild ist eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft.

BAUERNHÖFE STATT AGRARINDUSTRIE

Durch eine jahrzehntelange falsche Agrarpolitik ist Niedersachsen das Land der industriellen Massentierhaltung geworden. Folge dieser Entwicklung sind unter anderem zunehmende Emissionen, gravierende Umwelt- und Gesundheitsprobleme und die Zerstörung der gewachsenen Strukturen in ganzen Regionen. Diese Fehlentwicklung wird verursacht durch:

- ▶ umfangreiche Futtermittelimporte, zum Beispiel aus ehemaligen Regenwaldgebieten in Südame-

rika, für deren Anbau weltweit bäuerliche Strukturen zerstört werden;

- ▶ zu hohe Tierzahlen insbesondere in den Regionen mit Massentierhaltung;
- ▶ ein Tierschutzrecht, das industrielle Tierhaltungsanlagen ermöglicht;
- ▶ ein VerbraucherInnen-Recht, das keine Kennzeichnung über die Art der Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiprodukten verlangt;
- ▶ ein Baurecht, das kaum Mitgestaltung der Kommune bei agrarindustriellen Tierhaltungsanlagen ermöglicht und
- ▶ die Nichtbeachtung des Klimaschutzes in der Agrarindustrie, deren Produktion unter anderem auf einen zu hohen Fleischkonsum ausgerichtet ist.

Den Tierschutz hat diese Landesregierung lange ignoriert: 25 Masthühner werden auf einem Quadratmeter zusammengepfercht. Völlig überzüchteten Puten und Legehennen wird der Schnabel amputiert, Ferkel werden ohne Betäubung kastriert und den Schweinen die Ringelschwänze entfernt. Wir lehnen solche Tierquälereien und Qualzuchten ab.

KÄFIGHALTUNG BEENDEN – MASSENTIERHALTUNG DIE PRIVILEGIEN ENTZIEHEN

Während die schwarz-gelbe Landesregierung die Haltung von Hühnern in engen Käfigen noch bis 2025 weiterbetreiben will, wollen wir GRÜNE ein schnelles Verbot der Käfighaltung und eine umfassende Kennzeichnung auch von Eiprodukten, damit VerbraucherInnen erkennen können, wie diese Produkte erzeugt wurden. Das stärkt gerade die heimischen Landwirte, die ihre Hühner artgerecht im Freiland halten.

Mit Bundesratsinitiativen zu Änderungen im Baurecht, Immissionsschutzrecht, Tierschutzrecht und VerbraucherInnenrecht wollen wir der zunehmenden Industrialisierung der Tierhaltung begegnen. Die baurechtliche Privilegierung für Massentierhaltungsanlagen, für die ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren notwendig ist, wollen wir streichen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kommunen und BürgerInnen verbessern. Angesichts immer größerer Ställe und eines florierenden Gülle-Tourismus¹ wollen wir nur noch eine bodengebundene bäuerliche Tierhaltung mit überwiegender Futter-Eigenerzeugung privilegieren. Durch neue Erlasse auf Landesebene wollen wir die gesetzlich vorgeschriebene Rettung von Tieren im Brandfall ebenso sicherstellen wie

einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Keimen, etwa durch eine Filterpflicht. Bei der noch bestehenden Massentierhaltung darf es keine Ignoranz und Missachtung durch die Behörden geben. Mit scharfen Kontrollen und konsequenter Ahndung von Rechtsverstößen müssen bestehende Vorschriften durchgesetzt werden.

GEFAHREN DURCH GÜLLE UND KEIME AUS DER MASSENTIERHALTUNG REDUZIEREN

Zugleich wollen wir landesweite Vorgaben für einen strikten Brandschutz, der die Rettung der Tiere im Brandfall einschließt. Der Gesundheitsschutz der AnwohnerInnen vor gefährlichen Keimen aus der Massentierhaltung ist zu verbessern. Soweit noch nicht vorhanden, sind alle Massentierhaltungsanlagen, die einer Vorprüfung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz² unterliegen, innerhalb einer angemessenen Frist mit bestmöglichen Abluftreinigungsanlagen zu ergänzen. Der systembedingte Antibiotika-Einsatz fördert die Bildung hochgefährlicher resistenter Keime. (VERWEIS GESUNDHEIT) Dagegen brauchen wir ein wirksames Minderungsprogramm und politische Vorgaben zur artgerechten Tierhaltung.

Die Landesregierung hat das wahre Ausmaß der Massentierhaltung lange verschleiert. Wie die GRÜNE

Landtagsfraktion aufgedeckt hat, werden statt der offiziell gemeldeten 8 Millionen Schweine und 36 Millionen Masthühner in Wirklichkeit mehr als 10 Millionen Schweine und 63 Millionen Masthühner gehalten. Diese Tierzahlen sind nicht nur aus Gründen des Tierschutzes, sondern auch klima- und umweltpolitisch deutlich zu hoch. Wir brauchen daher eine Überprüfung aller Bestände und ein landesweites, transparentes Nährstoff- und Gülle-Kataster, um den illegalen Gülle-Tourismus zu Lasten von Boden und AnwohnerInnen einzudämmen.

ÖFFENTLICHE GELDER FÜR ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Im Schnitt zahlt jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger jährlich 100 Euro für den Agrarhaushalt und die ländliche Entwicklung. Dieses Geld der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) muss im Interesse des Gemeinwohls verwendet werden. Wir setzen uns für eine grundlegende Reform nach dem Motto „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ ein. 2013 werden die Weichen für die neue Programmperiode der EU-Agrarförderung gestellt. Wir wollen, dass die EU-finanzierten Flächenprämien mit klaren Umweltstandards versehen werden und deren Einhaltung auch wirksam überprüft wird. Das heißt beispielsweise, dass zehn

Prozent der Fläche für artenreiches Ackerland, Grünland, Blühstreifen oder Kleingewässer ausgewiesen werden. Wir GRÜNE wollen eine mindestens viergliedrige Fruchtfolge festschreiben, wobei im Ackerbau jede Kultur maximal 50 Prozent ausmachen darf. Des Weiteren stehen wir für den Grünland-Erhalt und wollen Gentechnikfreiheit durchsetzen. Den Anbau eigener Futterpflanzen (Leguminosen ☘) wollen wir als Ersatz für Gen-Soja aus Südamerika fördern. Zur Neuregulierung der Verteilung von EU-Mitteln gehören auch Prämienobergrenzen und soziale Standards, damit wir bäuerliche Strukturen stärken und nicht weiterhin agrarindustrielle Großbetriebe mit Millionen subventionieren. Wir werden auch die Mittel zur Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER) überprüfen und sie stärker auf die Honorierung tatsächlicher ökologischer Leistungen der Landwirtschaft ausrichten. Die Beratung von LandwirtInnen und die Forschung für Nachhaltigkeit, Ökologie und Tierschutz in der Landwirtschaft werden wir verbessern. Exportsubventionen wollen wir abschaffen!

In der Landwirtschaft haben vor allem extensiv genutzte Wiesen und Weiden aber auch Hecken, Tümpel, Teiche und kleine Gehölzinseln eine hohe Bedeutung für den Naturschutz. Diese Flächen gilt es gemeinsam mit den LandwirtInnen

zu erhalten und wieder vermehrt zu entwickeln. Deshalb wollen wir im Rahmen der EU-Agrarförderung einen klaren Schwerpunkt auf eine ökologische und naturnahe Landwirtschaft legen. Dafür müssen der Vertragsnaturschutz ausgebaut und ökologische Leistungen der Landwirtschaft – wie Ökolandbau oder Landschaftspflege – aus Agrarumweltprogrammen umfassender honoriert werden.

Statt wie CDU und FDP mit 6,5 Millionen Euro Landesgeld einen unnötigen Mega-Schlachthof in Wietze und damit indirekt Hunderte von neuen Tierfabriken zu subventionieren, wollen wir unter anderem ein ökologisch und regional ausgerichtetes Schulobstprogramm zur Stützung der bäuerlichen Landwirtschaft und Gesundheit unserer Kinder fördern.

GUTE PREISE FÜR GUTE ARBEIT – FAIRE MILCH FÜR NIEDERSACHSEN

Wir unterstützen die MilchbäuerInnen in Niedersachsen in ihrem Kampf für faire Preise, artgerechte Haltung und gegen Überkapazitäten. Zur Durchsetzung fairer Preise wollen wir eine nachfrageorientierte Mengenregulierung für Milch und andere landwirtschaftliche Branchen auf EU-Ebene entwickeln. Außerdem wollen wir ermöglichen, dass sich die milcherzeugenden Betriebe

in weit stärkerem Maß zu Erzeugergemeinschaften zusammenschließen können, als es die EU zulassen will. Nur so können viele EinzelerzeugerInnen dem Diktat und der Marktmacht der großen Discounter begegnen. Die Einführung einer fairen Milchmarke mit ökologischen und tiergerechten Standards aus Niedersachsen unterstützen wir.

GRÜNE FÜR GRÜNLAND – DIE KUH GEHÖRT AUF DIE WEIDE

Das Grünland gehört traditionell zur Kulturlandschaft und ist einer unserer artenreichsten Lebensräume. Durch dramatischen Grünland-Verlust und Intensivierung der Nutzung des verbliebenen Grünlandes sind alle typischen Wiesen- und Weidevögel in Niedersachsen inzwischen vom Aussterben bedroht. Gründe für das dramatische Verschwinden von Grünland sind unter anderem die „Vermaisung“ für Biogasanlagen und Viehfutter sowie die hohen Pachtpreise für Agrarland. Wir wollen die extensive Nutzung von Grünland fördern und das Grünland-Umbruchverbot konsequent umsetzen. Damit erhalten wir nicht nur eine arten- und abwechslungsreiche Kulturlandschaft, sondern leisten auch einen Beitrag zum Klimaschutz. Deswegen fordern wir die Weidehaltung von Milchkühen. Diese ist artgerecht und dient dem Klimaschutz, da Milch aus Weidehaltung eine bessere CO₂-Bilanz

hat. Wir wollen die Wertschöpfung und Einkommen aus einer umweltverträglichen Grünlandbewirtschaftung auch für die Rinderhaltung mit einer Weideprämie sichern und wieder Vielfalt auf unseren Äckern ermöglichen. Die bisherige „gute fachliche Praxis“ muss überarbeitet, ökologisch weiterentwickelt und angepasst werden. Wir wollen den Erhalt des Grünlands und nicht mehr seine Zerstörung fördern.

ÖKOLANDBAU AUSBAUEN

Immer mehr VerbraucherInnen vertrauen auf Bioprodukte. Die Nachfrage stieg allein 2011 um neun Prozent. Die heimische Produktion ist mangels entsprechender Förderung deutlich geringer als die Nachfrage. Immer mehr Bioprodukte werden importiert. Niedersachsen ist mit nur 2,9 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bundesweites Schlusslicht beim Ökolandbau. Wir wollen das ändern und werden deshalb vor allem die Umstellung auf den ökologischen Landbau besonders fördern, denn in den ersten beiden Jahren nach der Umstellung dürfen die Erzeugnisse noch nicht als „Bio“ verkauft werden. Auch die Beibehaltungsprämie werden wir angesichts der gesellschaftlichen Vorteile des Ökolandbaus deutlich anheben. Wir wollen auch die Strukturen und das Marketing für ökologisch und/oder fair erzeugte Produkte aus Niedersachsen deutlich verbes-

sern und zum Beispiel Initiativen für eine niedersächsische Biomilch-Molkerei oder Erzeugerzusammenschlüsse für gentechnikfreies Futter fördern. Ökobetriebe bieten vielen Menschen Arbeitsplätze und sind regional vernetzt mit Betrieben der Verarbeitung und Vermarktung, die ebenfalls zur Wertschöpfung beitragen. Durch vielfältige Fruchtfolgen und den Verzicht auf Pestizide bereichern ökologische Anbauflächen die Landschaft. So profitiert auch der Tourismus im Land von den Ökobetrieben (► S. 48). Die Erhöhung der Förderung für die gesellschaftlichen Leistungen des Ökolandbaus und eine Verbesserung der Beratungseinrichtungen ist mehr als überfällig. Diese Förderung ersetzt aber nicht das Ziel, auch die konventionelle Landwirtschaft insgesamt ökologischer und nachhaltiger zu machen. Neben der Reduzierung von Pestizideinsatz und Überdüngung mit organischen und anorganischen Stoffen sind der Erhalt und die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit – zum Beispiel durch Terra Preta und effiziente Mikroorganismen (EM) – aktiv zu fördern.

NIEDERSACHSEN ENDLICH GENTECHNIKFREI MACHEN

Gentechnik in der Landwirtschaft ist eine Risikotechnologie. Die Folgen für Umwelt und Gesundheit sind unabsehbar. Eine vorausschauende und verantwortungsbewusste Po-

litik muss den Einsatz dieser Technologie ablehnen. Nur eine Null-Toleranz gegenüber gentechnischer Veränderung sichert die Reinheit im Saatgut. Gentechnikfreier Anbau ist ein wichtiger Standortvorteil für die Ernährungswirtschaft in unserem Land. Die CDU/FDP-Landesregierung fördert jedoch als eine der letzten gegen den Willen der VerbraucherInnen die Agro-Gentechnik mit Millionensummen. So wurden Freisetzungen genmanipulierter Zuckerrüben bei Northeim genauso gefördert wie ein einseitiges Akzeptanzbeschaffungsprogramm für genmanipulierte Lebensmittel an niedersächsischen Schulen (HannoverGen). Selbst in Schutzgebieten wurden von Schwarz-Gelb giftige Genpflanzen erlaubt, die seltene Schmetterlinge gefährden. Wir begrüßen, dass Landwirte, VerbraucherInnen und große Unternehmen zur Zeit auf genmanipulierte Produkte und Freisetzungen verzichten. Nur die schwarz-gelbe Landesregierung hält weiterhin einseitig an ihrer Lobbypolitik für die Agro-Gentechnik fest. Mit dem Projekt NiedersachsenGen – also mit Genlaboren an Schulen in jedem Landkreis für 15 Millionen Euro – versucht sie, die Akzeptanz für genmanipulierte Lebensmittel zu erhöhen. Wir wollen die einseitige Gentechnik-Propaganda der Landesregierung beenden. Wir wollen Niedersachsen im Sinne der großen Mehrheit der VerbraucherInnen und einer bäuer-

lichen Landwirtschaft zur gentechnikfreien Region machen. Unternehmen, die mit der Erforschung und Produktion gentechnisch manipulierter Pflanzen in anderen Teilen der Welt Geschäfte machen, fordern wir auf, sich auf ihre konventionellen und biologischen Sortimente zu beschränken. Forschungsmittel und Kooperation werden für solche Unternehmen nicht zur Verfügung gestellt.

RETTET DIE BIENEN – IMKEREI FÖRDERN

ImkerInnen tragen mit ihren Bienenvölkern ganz wesentlich zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die Bestäubungsleistung von Bienen und anderen Insekten ist zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch den hohen Pestizideinsatz und die Monokulturen ist die Vitalität aller Insekten aber stark eingeschränkt und die Anfälligkeit für Krankheiten erhöht. Deshalb wollen wir die Lebensbedingungen der Bienen durch Änderung der landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. ImkerInnen sind integraler Bestandteil der Landwirtschaft und ihre Interessen müssen in die Entwicklung der Landwirtschaft einfließen. Die Organisationen der ImkerInnen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und Fortbildung. Die Bienenweideverbesserung und die

Nachwuchsgewinnung von ImkerInnen wollen wir gezielt fördern.

MEHR TIERSCHUTZ FÜR NIEDERSACHSEN

Wir treten für einen konsequenten Tierschutz im Sinne der niedersächsischen Verfassung ein. Tiere dürfen nicht schutzlos den wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen der Menschen untergeordnet werden.

Wir wollen ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände, um Quälereien in der Massentierhaltung besser verfolgen zu können. Mit einem grünen Tierschutzplan wollen wir die Grausamkeiten der industriellen Massentierhaltung Stück für Stück beenden. Amputationen bei Tieren müssen genauso ein Ende haben wie die Haltung auf engstem Raum. Vorbild sind für uns dabei die Regeln des Ökologischen Landbaus und von Neuland¹. Für uns GRÜNE müssen sich die Ställe an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten und nicht die Tiere an den ökonomischen Interessen der Agrarindustrie. In zu vielen Tierschutz-, Umwelt- und Lebensmittelskandalen kamen die TäterInnen mit milden oder ganz ohne Strafen davon. Wir wollen über eine Bundesratsinitiative die Bußgelder und Strafen für Verstöße gegen Tierschutz und Umweltgesetze verschärfen. Wir setzen uns für eine tierversuchsfreie Lehre und Forschung ein.

Das bedeutet auch die Beendigung der Förderung von Tierversuchen. Wir fordern ein Ende vermeidbarer schmerzhafter Eingriffe – wie zum Beispiel das betäubungslose Kastrieren von Schweinen – und ein Verbot von Qualzuchten. Amts-TierärztInnen müssen verstärkt gegen tierquälerische Vergehen vorgehen und auch unangekündigte Kontrollen bei TierhalterInnen durchführen.

Der tierschutzkonforme Umgang mit unseren Nutztieren erfordert hohe Standards bei Aufzucht, Haltung, Transport und Schlachtung. Wir setzen uns für eine Obergrenze von vier Stunden Dauer und eine maximale Entfernung von 200 Kilometern bei Tiertransporten ein und wollen eine stärkere Überwachung des Tierschutzes bei der Schlachtung. Zur einheitlichen Kennzeichnung tierischer Nahrungsmittel soll ein Tierschutz-Label eingeführt werden, mit dem wirkliche Verbesserungen gegenüber der momentanen Nutztierhaltung dokumentiert werden. Weil Tierheime, Gnadenhöfe und Tierschutzorganisationen eine wichtige Arbeit zum Wohl der Tiere leisten, werden wir diese weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen und eng mit ihnen zusammenarbeiten. Nach dem Vorbild des niedersächsischen Hundegesetzes wollen wir mehr Sachkunde beim Umgang des Menschen mit Nutz- und Haustieren. Wir wollen einen besseren Tierschutz bei Katzen nach

dem Vorbild vieler niedersächsischer Kommunen und Maßnahmen zur Kastration von freilaufenden Katzen fördern, um die Tierheime zu entlasten.

WENIGER FLEISCH IST MEHR KLIMASCHUTZ

Das Essverhalten hat Einfluss auf unsere Umwelt. Die Massentierhaltung in Niedersachsen und der hohe Fleischkonsum in Deutschland sind ein Grund für Wasserknappheit und Hunger in anderen Teilen der Welt und tragen zur Abholzung des Regenwaldes und damit zur Beschleunigung des Klimawandels im gesamten Ökosystem Erde bei. Der Anbau von Futterpflanzen wie Soja und Mais ist sehr energieintensiv, führt zu Monokulturen und steht in direkter Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln für den Menschen. Sowohl aus ökologischen, gesundheitlichen als auch aus ethischen Gesichtspunkten ist daher eine Verringerung unseres Fleischkonsums geboten. Dies wollen wir durch nachhaltige Ernährungsberatung, vegetarische Tage und klare Kennzeichnungsregeln unterstützen. Über ein Drittel aller Lebensmittel werden vor Verbrauch weggeworfen. Diese massive Verschwendung von Lebensmitteln ist ein Skandal und darf von der Landesregierung nicht länger ignoriert werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, das

sogenannte „Containern“ zu legalisieren. Wir verstehen es als aktives Zeichen gegen die Wegwerfgesellschaft, da hierbei entsorgt, aber noch essbare Lebensmittel einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden.

DEN SCHUTZ DER VERBRAUCHERINNEN STÄRKEN

Wir wollen eine grüne VerbraucherInnenschutzpolitik, die den BürgerInnen Orientierung in immer unübersichtlicheren Märkten bietet. Darüber hinaus muss der Staat im Rahmen der Daseinsvorsorge seine BürgerInnen wirksam vor gesundheitsschädlichen Produkten schützen und Informationen zur Verfügung stellen, um KonsumentInnen in die Lage zu versetzen, Angebote und Vertriebswege beurteilen zu können. Jedes Lebensmittel – egal ob konventionell oder biologisch, egal ob heimisch oder importiert – soll so wenig Schadstoffe und Krankheitserreger wie möglich enthalten. Vor allem multiresistente Keime, die aufgrund des systembedingt massenhaften Antibiotikaeinsatzes in der industriellen Tierhaltung entstehen, sind eine ernste Gefahr, die schon heute Menschenleben kostet. Gegen resistente Bakterien sind Antibiotika weitgehend wirkungslos. Deshalb wollen wir die Lebensmittelkontrollen auf Keime, aber auch auf Pestizid- und andere toxische Rückstände erheblich ver-

stärken sowie Verstöße konsequent verfolgen und transparent machen.

PRODUKTE MÜSSEN DIE GANZE WAHRHEIT SAGEN

Wir wollen, dass Produkte die ökologische und soziale Wahrheit sagen und die VerbraucherInnen sie auch hinsichtlich ihrer Erzeugung und Nachhaltigkeitsbilanz bewerten können. Alle Daten müssen im Internet verfügbar sein. Die KonsumentInnen haben ein Recht auf klare Regeln und sichere Produkte, damit sie nicht irreführender Werbung ausgeliefert sind (z. B. Fabrikeier-Verpackungen mit glücklichen Hühnern auf grüner Wiese).

Wir wollen die Pflichtkennzeichnung von Lebensmitteln im Hinblick auf den Tierschutz verbessern. Auch mit Genfutter hergestellte Produkte müssen entsprechend gekennzeichnet werden, ebenso der Einsatz von Antibiotika und die Form der Tierhaltung (Bio, Freiland, Käfig etc.). Auch ist die Langlebigkeit sowie der Energie- und Ressourcenverbrauch von Produkten und Dienstleistungen aller Art konsequent zu kennzeichnen.

UNABHÄNGIGE VERBRAUCHERINNENBERATUNG STÄRKEN

Die Finanzkrise, in deren Folge vie-

le Menschen einen erheblichen Teil ihrer Ersparnisse aufgrund schlechter Anlageberatung verloren haben, ist ein drastischer Beleg dafür, dass wir den VerbraucherInnenschutz in allen Bereichen deutlich verstärken müssen. VerbraucherInnen müssen die Möglichkeit haben, alle Arten von Verträgen kompetent und niedrigschwellig überprüfen zu können und sich entsprechend beraten zu lassen. Niedersachsen ist jedoch Schlusslicht bei den Ausgaben für VerbraucherInnenberatung pro Kopf. Während zum Beispiel in Sachsen 68 Cent je Einwohner für die Verbraucherzentralen zur Verfügung gestellt werden, sind es in Niedersachsen nur 20 Cent. Seit dem Amtsantritt von Schwarz-Gelb 2003 hat durch massive Mittelkürzungen jede dritte VerbraucherInnenzentrale in Niedersachsen schließen müssen. Viele Angebote sind kostenpflichtig. Das ist gerade angesichts von zunehmenden dubiosen Finanzangeboten, Imitatprodukten, Internet-Abzocke und Lebensmittelskandalen deutlich zu wenig. Eine starke, unabhängige Beratung ist notwendiger denn je. Deshalb wollen wir die wichtige Arbeit der VerbraucherInnenzentralen und SchuldnerInnenberatungen finanziell stärken und ausbauen. Aufdringliche Telefonwerbung wollen wir durch Überarbeitung des Vertragsrechts unterbinden.

MACH'S MÖGLICH

EFFIZIENTE UND KLIMAGERECHTE MOBILITÄT

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Umsteuern der Verkehrsinvestitionen zugunsten des Ausbaus im Umweltverbund und Substanzerhalt der Straßen statt immer weiterer Straßenneubauplanungen
 - ▶ Umschichtung von 45 Millionen Euro des Landeszuschusses zu Bundesstraßen und Autobahnen in die Landesaufgabe Schülerverkehr
 - ▶ Umschichtung von anteilig 100 Millionen Euro aus der Bundesförderung für Autobahnen und Bundesstraßen zum dringender notwendigen Schienenausbau im Hafenhinterland-Güterverkehr
 - ▶ Ein ÖPNV mit landesweit durch-
- gehenden Tarifen (über alle Verkehrsträger) und ein Taktfahrplan mit Anschlusssicherheit sowohl zum Fernverkehr als auch vom Zug zum Bus
- ▶ Keine weiteren Flussvertiefungen von Elbe und Weser. Diese wären durch den neuen Tiefwasserhafen JadeWeserPort unwirtschaftlich und überflüssig. Durch einen gemeinsamen Marktauftritt der drei großen Häfen der benachbarten Bundesländer ergeben sich für alle Partner bessere Entwicklungschancen bei geringeren öffentlichen Kosten.

Verantwortliche Verkehrs- und Infrastrukturpolitik muss sich gleich-

zeitig den strengen Vorgaben zur CO₂-Minderung, dem demografischen Wandel sowie dem steigenden Güterverkehr und der öffentlichen Finanzklemme stellen. Vor der Herausforderung, dies alles gleichzeitig zu berücksichtigen, drücken sich die anderen Parteien. Sie sind weiter dabei, im Verkehrsbereich mit den Rezepten von gestern die Probleme von morgen zu vergrößern. Das GRÜNE Konzept schafft dagegen neue Gestaltungsmöglichkeiten im engen Spielraum zwischen diesen vier Leitplanken.

UMWELTVERBUND IM VERKEHR STÄRKEN

Dem Verkehr im Rahmen des Umweltverbundes – also dem Verkehr per Bus und Bahn, per Fahrrad und zu Fuß – kommt für die Lebensqualität in Stadt und Land, für den Klimaschutz und die Mobilität der Menschen eine immer stärkere Bedeutung zu. Nur mit dem Umweltverbund lassen sich die berechtigten Anforderungen zur Bekämpfung von Feinstaub¹, CO₂², NO_x³ und Lärm umsetzen.

ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR AUSBAUEN

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) auf Schiene und Straße ist gerade in der aktuellen Situation des demografischen Wandels ein unverzichtbarer Beitrag zur Da-

seinsvorsorge und bietet zugleich die Chance auf CO₂-arme Mobilität. Das rechtfertigt eine Schwerpunktverlagerung in der Landespolitik weg vom motorisierten Individualverkehr, dessen Ausbau die vergangenen Jahrzehnte dominiert hat. Moderne Infrastrukturpolitik im 21. Jahrhundert setzt auf Vernetzung und verbessert gezielt die Übergänge von einem Verkehrsträger zum anderen. Das Land muss Verkehrsinformationen, Leitsysteme und die Abrechnung von Fahrgeldeinnahmen mit einheitlichen Standards koordinieren und fördern.

Der ÖPNV muss für die KundInnen ein transparentes landesweites Angebot werden. Durchgehende Tarife, für die die Tickets landesweit nicht nur an allen Bahnstationen erhältlich sind, und ein durchgehender Taktfahrplan mit Anschluss-sicherheit sowohl zum Fernverkehr als auch vom Zug zum Bus und umgekehrt müssen Standard werden. Das derzeit von der schwarz-gelben Landesregierung geplante „eingeschränkte Landesticket“ ist dagegen ein ungeeigneter Zwischenschritt ohne nachhaltigen Nutzen.

Angesichts absehbar explodierender Kosten des motorisierten Individualverkehrs bietet ein gutes ÖPNV-Angebot zukünftig die Chance, die Probleme des demografischen Wandels abzumildern. Das gilt gerade auch für den ländlichen Raum

in Niedersachsen, denn dort hängt die Lebensqualität wesentlich von einer guten, barrierefreien öffentlichen Anbindung ab, mit der alle Bedürfnisse abgedeckt werden können. Wo ausreichender Bedarf ist, wollen wir das ÖPNV-Angebot auch frühmorgens und am späten Abend ausweiten.

Die SchülerInnenverkehre müssen – unter Einbeziehung der Schulen – durch differenziertere Förderung und stärkere Spreizung der Schul-anfangs- und -endzeiten, wo immer möglich, in ein normales öffentliches Verkehrsangebot über den ganzen Tag eingebunden werden. Dazu möchten wir als zusätzlichen Anreiz auch die direkten Zuweisungen an die Aufgabenträger aus dem Landesnahverkehrsgesetz einsetzen.

In dünn besiedelten Gebieten wollen wir eine Förderung von innovativen, günstigeren Bus-Systemen und von BürgerInnen-Bussen nach dem Beispiel Nordrhein-Westfalens anbieten. Die Idee eines prioritären Landes-Busliniennetzes bietet neue Chancen. Ein solches Netz verstehen wir als Ergänzung des ÖPNV-Rückgrats Schiene und nicht als dessen Ersatz. In strukturschwachen Gebieten wie im Harz, im Wendland und an der Küste wollen wir mit EU-Fördermitteln Pilotprojekte dazu beginnen.

Durch die Ausweitung auf einen

landesweiten Schienenfahrzeug-Pool, auf den alle Aufgabenträger Zugriff haben, wollen wir günstigere Beschaffungskosten und einen fairen Wettbewerb zwischen den großen öffentlichen Verkehrsanbietern und auch kleineren Wettbewerbern durchsetzen. Die vertiefte Zusammenarbeit von öffentlich getragenen ÖPNV-Unternehmen in Niedersachsen wollen wir unterstützen. Dadurch wollen wir ihre verstärkte Mitwirkung auch im Bieterwettbewerb zum Schienennahverkehr ermöglichen. Zusätzlich wollen wir das Landesvergabegesetz⁴ auf den ÖPNV ausweiten und damit die Arbeitsbedingungen im Nahverkehr fairer gestalten. Der Wettbewerb darf nicht über die Lohnkosten ausgetragen werden.

In den vergangenen zehn Jahren sind die Fahrgastzahlen im niedersächsischen Schienennahverkehr um fast 30 Prozent gestiegen. Dies macht eine Neubewertung zur Reaktivierung von Bahnstrecken und Haltepunkten, Lückenschlüssen und der Ertüchtigung von Nebenstrecken für den Linienverkehr nötig. Es kann nicht sein, dass die Bahnfahrt für Insel-BesucherInnen wenige Kilometer vor der Küste aufhört, um dann mit Bussen zur Fähre fortgesetzt zu werden. Auch große Städte wie Nordhorn sind an den Schienenpersonenverkehr anzubinden.

Nicht zuletzt ist es unser Ziel, den

barrierefreien Zugang zum ÖPNV so schnell wie möglich mit landesweiten Standards an allen Stationen durchzusetzen. Ausdrücklich geht für uns dabei eine schnellere, flächendeckende Umsetzung im Vergleich zu einer maximalen Umsetzungsqualität vor.

RADVERKEHR FÖRDERN

Radfahren ist preiswert, klimafreundlich und gesund. Der Radverkehr bleibt aber in Niedersachsen im Vergleich zu den Nachbarn Niederlande und Dänemark, die eine ähnliche Topografie aufweisen, noch deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurück. Deshalb werden wir das Radwegenetz weiter ausbauen, vorhandene Lücken schließen und in stark frequentierten Bereichen die Leistungsfähigkeit und Qualität der Radwege (Vernetzung, Beschilderung etc.) sowie die Sicherheit der RadfahrerInnen etwa durch breitere Radwege und sichtbare Fahrbahnmarkierungen bedarfsgerecht verbessern.

Mit den sich schnell am Markt ausbreitenden E-Bikes oder Pedelecs rückt das Fahrrad auch auf mittleren Pendlerentfernungen von fünf bis 15 Kilometern als bequeme und preisgünstige Alternative zum Auto neu ins Blickfeld. Auch dafür wollen wir bei nachgewiesenem Bedarf breiter ausgebaute, direkte Radschnellwege auf Pend-

lerachsen einrichten und an den ÖPNV-Haltepunkten entsprechend gesicherte Abstellanlagen schaffen. Innerorts muss – wie inzwischen rechtlich gesichert – die Radwegenbenutzungspflicht aufgehoben werden, um dem schnellen Radverkehr die Straßenbenutzung zu erlauben. Unterstützt wird der Fahrradverkehr auch, wenn den Kommunen die Festsetzung von Tempo 30 auf allen Straßen ermöglicht und die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln weiter liberalisiert wird.

Den touristischen Radverkehr werden wir durch den weiteren Ausbau der Tourismusrouten, einen landesweit einheitlichen, elektronischen Radtourenführer, eine verbesserte Radmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln und den Bau von Radfernwegen fördern.

GÜTER AUF SCHIENEN UND BINNENWASSERWEGE

Für die Bewältigung des wachsenden Güterverkehrs liegt die Lösung nicht im massiven Straßenausbau und schon gar nicht in den „Gigaliner“ genannten Riesen-LKW. Es kommt vielmehr darauf an, intelligente Logistik-Ketten zu schaffen, die CO₂-Emissionen wirksam vermindern. Wir unterstützen daher das von der EU-Kommission im Weißbuch Verkehr¹ formulierte Ziel, bis 2030 30 Prozent des Güterverkehrs

mit Strecken von über 300 Kilometern von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Wirtschaftlicher, schneller und umweltverträglicher als der dafür bisher geplante Neubau der so genannten Y-Trasse für ICE-Züge und Güterverkehr durch die Heide ist nach unserer Prüfung der Bestandsausbau vor allem durch zusätzliche Gleise zwischen Rotenburg und Verden, Lüneburg und Uelzen sowie auf der sogenannten „Amerikalinie“ zwischen Langwedel und Stendal. Anstatt mit einem Neubau neue Belastungen in bisher unbelastete Gebiete zu tragen, werden die AnwohnerInnen an den Bestandsstrecken durch den Ausbau mit den damit verbundenen Lärmschutzmaßnahmen im Vergleich zu heute sogar entlastet.

Vorher müssen aber die Elektrifizierung und der Lärmschutz für die Schienenanbindung des Jade-Weser-Ports zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg und die Auflösung der Knotenüberlastung in Bremen, Hannover und Hamburg vorangetrieben und von nun an vom Bund finanziert werden. Daneben muss der Bund endlich Verantwortung übernehmen für die Erhaltung der gerade in Niedersachsen besonders verbreiteten nicht bundeseigenen Bahnstrecken (NE-Bahnen). Das gilt besonders, wenn diese überregionale Bedeutung haben. NE-Bahnen stellen in vielen Bereichen eine wichtige Netzergänzung dar,

wenn sie denn angemessen modernisiert werden – wie derzeit der EVB-Streckenzug Bremerhaven-Bremervörde-Rotenburg, der als wichtige Entlastungs-Trasse für den Hafen Bremerhaven konsequent zu Ende ausgebaut werden muss. Die günstige Betreuung der NE-Bahnen durch die Landes-Eisenbahn-Aufsicht (LEA) im Vergleich zur Aufsicht durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) bei der Deutschen Bahn verstärkt die Wirtschaftlichkeit. Für den wachsenden Güterverkehr auf der Schiene fordern wir GRÜNE eine bundes- oder besser europaweite Vorgabe zur Lärminderung an den Waggons, die marktwirtschaftlich durchzusetzen ist.

Für eine gerechte Beteiligung des LKW-Verkehrs an seinen Umweltbelastungen brauchen wir eine gestaffelte Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen und weiteren belasteten Straßen sowie die Einbeziehung auch kleinerer LKW bis hinunter zu 3,5 Tonnen. Die Kommunen und Landkreise sollen sich zukünftig durch Verkehrsbeschränkungen für LKW-Durchgangsverkehr und kontrollierte Tempolimits ohne Zustimmung der Nachbarkreise besser gegen Maut-Ausweich-Verkehr wehren können. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine effektivere Kontrolle von Tempolimits und Unfallschwerpunkten ein. Das gefährliche und die Straßen unnötig belasten-

de Gialiner-Experiment¹ werden wir in Niedersachsen stoppen. Insbesondere die negative Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene im Güterverkehr ist für uns inakzeptabel.

Die Möglichkeiten, Güter aus den Seehäfen auf vorhandenen Binnenwasserstraßen zu transportieren, müssen konsequenter genutzt und gefördert werden. Den Binnenwasserstraßen wie Elbe-Seiten-Kanal, Mittellandkanal, Küstenkanal, Unterweser oder Dortmund-Ems-Kanal und ihren Binnenhäfen wollen wir zur umwelt- und naturverträglichen Bewältigung des Hinterlandverkehrs der Seehäfen eine erheblich wachsende Bedeutung geben. Dazu müssen die Binnenschiffe stärker in die Logistik-Ketten in den norddeutschen Seehäfen eingebunden werden – wie es in Holland und Belgien schon lange der Fall ist. Des Weiteren sind die Binnenhäfen mit besseren intermodalen Anschlüssen für die weitere Güterverteilung auszubauen. Wir begrüßen die Initiativen für den Bau eines neuen Hafens Osnabrück-Bohmte am Mittellandkanal und den Bau eines neuen Containerterminals am Mittellandkanal in Hannover, anstelle des Ausbaus des Stichkanals Linden. Der Bund ist auch hier verpflichtet, seiner finanziellen Verantwortung nachzukommen.

FINANZIELLE UMVERTEILUNG ZUGUNSTEN CO2-ARMER VERKEHRSTRÄGER

Um alle Kriterien einer modernen Mobilitätspolitik zu berücksichtigen, ist es erforderlich, mit dem knapper werdenden Geld auszukommen und es sinnvoll umzuverteilen. Um etwa das ÖPNV-Angebot insbesondere für den stark zunehmenden Anteil älterer Menschen in unserem Land ausbauen zu können, müssen wir Mittel zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern umschichten. Zusätzlich muss es Ziel der Politik werden, durch gute Nahversorgungskonzepte unnötigen Verkehr zu vermeiden. Wo sich Güterverkehr nicht anderweitig vermeiden lässt und wo sein Aufkommen sogar wächst, muss der nötige Kapazitätsausbau auf dem effizientesten und klimaverträglichsten Wege geschehen. Den Umstieg im Gütertransport auf die Schiene werden wir unter anderem durch ein Förderprogramm für Bahnanschlüsse von Gewerbegebieten unterstützen.

Dafür darf Niedersachsen es sich nicht länger leisten, jährlich 90 Millionen Euro zur Finanzierung von Bundesstraßen und Autobahnen zuzuzahlen. Ziel muss eine vollständige Eigenfinanzierung dieser Aufgaben durch den Bund sein. Als ersten Schritt wollen wir den freiwilligen Landesbeitrag halbieren. Mit dem frei werdenden Geld wollen

wir zumindest einen großen Teil der Landesfinanzierung für den SchülerInnenverkehr übernehmen, anstatt der hierfür von CDU und FDP fälschlicherweise eingesetzten Regionalisierungsmittel des Bundes. Damit hat das Land 45 Millionen Euro pro Jahr aus dem Regionalisierungstopf² zusätzlich zur Verfügung, um das Angebot und die Qualität im Schienenverkehr zu verbessern.

Niedersachsen muss sich angesichts der 2014 bevorstehenden Neufestsetzung der Regionalisierungsmittel zusammen mit den anderen Bundesländern entschiedener für eine bedarfsgerechte Steigerung der Bundesförderung für den Schienenverkehr einsetzen. Zur Untermauerung dieser Forderung ist nicht nur eine zweckentsprechende Verwendung der Regionalisierungsmittel erforderlich. Es ist ebenso von Nutzen, wirtschaftlich vertretbare und regional sinnvolle Bahn-Reaktivierungen vorzubereiten, die nur damit umsetzbar sind und so den Mittelbedarf verdeutlichen.

Wir brauchen auch ein eigenes Landesgesetz, um die ab 2014 nicht mehr gesicherte Bindung der Bundesmittel aus dem ehemaligen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz³ (GVFG) für Verkehrsprojekte in Gemeinden festzuschreiben und zugleich zielgerichteter zu gestalten. Statt teurer Neubauten soll zukünftig auch die oft günstigere

Sanierung von Verkehrsanlagen förderfähig werden. Auch Lärmschutz und die Anschaffung innovativer Fahrzeuge für den ÖPNV sollen unterstützt werden. Die schwarzgelbe Landesregierung benachteiligt im GVFG den Öffentlichen Personennahverkehr zugunsten der Straßenausbauten. Das derzeitige Verhältnis bei den Förderungen von 60 zu 40 werden wir GRÜNE zur ausgleichenden Gerechtigkeit zugunsten des ÖPNV wieder umkehren. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Bund sich nicht 2019 aus dieser Finanzierung zurückzieht. Klimaschutz geht vor!

Daneben ist die institutionelle Trennung von Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn (DB) überfällig. Sie würde mehr und gezielter auf bedarfsgerechten Kapazitätsausbau angelegte Investitionen in die Schieneninfrastruktur bewirken. Die von der Infrastruktursparte bei der DB erwirtschafteten Jahresgewinne von mehr als 800 Millionen Euro allein im vorigen Jahr müssen in das Netz reinvestiert werden. Sie dürfen vom Konzern nicht weiter zur Finanzierung der fragwürdigen europäischen Expansionsstrategie missbraucht werden.

Um die dringend nötigen Kapazitäten für das Güterverkehrswachstum auf Schiene und Wasserwegen zu schaffen, wollen wir zusätzlich mit dem Bund eine Umschichtung von

100 Millionen Euro jährlich aus der bisherigen Förderung des Straßenbaus für Niedersachsen vereinbaren. Mit dem gleichen Geld aus Berlin wäre so schneller eine höhere Güterverkehrskapazität zu schaffen. Nur so können die Klimaschutzziele in diesem dafür bisher resistenten Verkehrsbereich erreicht werden.

STRASSENINFRASTRUKTUR: ERHALT VOR NEUBAU

Aufgrund der notwendigen Umsteuerung zu klimaverträglicheren Verkehrsträgern und wegen der Versäumnisse bei der Instandhaltung in den vergangenen Jahren müssen Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur Priorität gegenüber dem Neubau erhalten. Die vorhandene Infrastruktur wurde von CDU und FDP in den vergangenen Jahren bewusst auf Verschleiß gefahren, um für Neubauvorhaben nach altem Muster Mittel freizubekommen. Die bisherigen Wunschlisten auf Landes- und Bundesebene sind Ausdruck eines überkommenen Infrastruktur-Leitbildes aus dem vergangenen Jahrhundert, das dem motorisierten Individualverkehr Vorrang gab.

Die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung für eine neue Autobahn von Salzgitter nach Holzminnen lehnen wir ab. Auch von der Wissenschaft wurde inzwischen belegt, dass ein weiterer massiver Ausbau von Straßen keine zusätz-

lichen Wohlfahrtseffekte schafft, sondern vielmehr in Bau und Unterhalt langfristig nicht finanzierbar ist. Beispielsweise haben 46 Prozent der Brücken an Bundesfernstraßen nur noch die Zustandsnote „ausreichend“ oder schlechter. Wir GRÜNE wollen deshalb ein mittelfristig ausgelegtes Sanierungsprogramm initiieren. Den punktuellen Aus- und Neubau von Straßen halten wir nur noch in den Bereichen nicht anders zu entlastender oder gefahrvoller transnationaler Achsen, bei Ortsdurchfahrten und Knotenpunkten für verantwortlich.

Einen noch höheren Erhaltungsrückstand weisen die Landesstraßen und die kommunalen Straßen auf. Nach einer Studie des Deutschen Institutes für Urbanistik von 2008 müssen in Deutschland im kommunalen Straßenbau 162 Milliarden Euro und im ÖPNV 38 Milliarden Euro bis 2020 allein zum Substanzerhalt investiert werden.

Unter den Vorzeichen von Klimaschutz, gravierendem Verlust biologischer Vielfalt, PeakOil¹, und äußerst knapper Staatskassen aber auch im Hinblick auf den demografischen Wandel passen (Fern-)Straßenneubauten mit grünem Regiehandeln nicht zusammen. Die Vergeudung niedersächsischer Millionen durch die schwarz-gelbe Landesregierung für die Planung neuer Autobahnen, die nicht finanzierbar sind und nur einen geringen Nutzen

aufweisen – wie zum Beispiel A 20, A 39, A 33 und E 233 – wollen wir schnellstmöglich beenden. Grüne Verkehrspolitik setzt im Straßenbereich auf Substanzerhalt und ein modernes Mobilitätsmanagement zugunsten von mehr Verkehrssicherheit und Intermodalität² im Zeichen des Klimaschutzes. Eine zukunftsgerechte Infrastrukturpolitik investiert vorrangig in Vernetzung und schnelle Übergänge – sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr.

Wir bauen die Verkehrsmanagementzentrale des Landes zu einer landesweiten Informationszentrale für den kombinierten öffentlichen und Individualverkehr der Zukunft um, um die Wahl der verschiedenen Verkehrsmittel (den sogenannten Modal Split³) entschieden in Richtung Umweltverbund⁴ zu verschieben.

Daneben sind wir für den Aufbau von Telematik-Anlage⁵ auf allen Autobahnen und stark befahrenen Bundesstraßen in Niedersachsen, um dort umwelt- und sicherheitsbezogen mehr Verkehrslenkung und -kontrolle zu ermöglichen.

Die bisherigen Erfahrungen mit Privatisierungen der Straßenunterhaltung (PPP⁶) sind im Hinblick auf Sicherheit und Ausführungsqualität negativ. Darum setzen wir in Zukunft auf mehr Effizienz im Rahmen

einer modernisierten öffentlichen Verantwortung.

Auch die niedersächsischen Straßen- und Alleebäume erhalten unter unserer Verantwortung wieder den verdienten Schutz. Das Anlegen der Kettensäge ist kein angemessenes Mittel, um gegen Unfälle durch überhöhte Geschwindigkeit vorzugehen. Eine bessere Kontrolle vorhandener Tempolimits und die mancherorts für Unfall- oder Lärmschutz noch erforderliche Einführung weiterer Geschwindigkeitsbegrenzungen sind der deutlich verträglichere und effektivere Weg, gegen die immer noch zu hohen Verkehrsunfallopferzahlen in unserem Land. Auf zweispurigen Autobahnen wollen wir die Verkehrssicherheit zusätzlich durch ein LKW-Überholverbot verbessern.

SHARED SPACE

Das sogenannte „Shared Space“-Konzept⁷ im städtischen Raum wird bereits in einigen niedersächsischen Kommunen erfolgreich praktiziert. Durch dieses Konzept des gemeinsam genutzten Verkehrsraumes können laufende Kosten für Ampeln und Verkehrsschilder vermindert und der Straßenverkehr für alle Beteiligten angenehmer gestaltet werden. Wir GRÜNE unterstützen alle Kommunen, die ebenfalls Shared Space im städtischen Raum umsetzen wollen.

HÄFEN UND SCHIFFFAHRT ZUKUNFTSGERECHT GESTALTEN

Die internationale Seeschifffahrt macht den globalen Warenaustausch extrem preiswert und effizient – wegen fehlender internationaler Regulierung allerdings zu sehr schlechten sozialen und ökologischen Bedingungen. Als das deutsche Bundesland mit der längsten Küstenlinie zu internationalen Gewässern und als starker Hafen- und Reedereistandort hat Niedersachsen hier eine besondere Verpflichtung.

ÖKOLOGISCHE CHANCEN DER MARITIMEN WIRTSCHAFT NUTZEN

Der neue Jade-Weser-Port mit seinen 18 Metern Wassertiefe kann Niedersachsen zum wichtigen Warenverteilpunkt der globalisierten Märkte machen. Dieser neue Hafen am seetiefen Wasser macht weitere Flussvertiefungen der Elbe und Weser überflüssig. Stattdessen brauchen wir eine echte norddeutsche Hafenkooperation. Um diese zu erreichen, werden wir auch die Option für weitere privat finanzierte Ausbaustufen des Hafens in die Waagschale werfen, um Hamburg und Bremen zu einer fairen Kooperation zum gegenseitigen Nutzen zu bewegen. Bei einem gemeinsamen Marktauftritt ergeben sich für alle drei Partner bessere Entwicklungschancen bei deutlich geringeren

öffentlichen Kosten und weniger Belastung für die Natur.

Das eingesparte Geld für die nicht mehr notwendige weitere Elb- und Weservertiefung soll der Bund im Interesse von Hamburg, Bremen und Niedersachsen besser für den zügigen Neubau des Schiffshebewerkes Scharnebeck und die Lösung der Probleme an den Eisenbahnknotenpunkten in Oldenburg, Bremen, Hannover und Harburg einsetzen. Niedersachsen muss als Werftenstandort gesichert werden. Für die Meyer-Werft in Papenburg muss ein zusätzlicher Standort am seeschifftiefen Fahrwasser vorgesehen werden, damit die Belastung der Ems durch die Werft auf ein ökologisch vertretbares Maß reduziert wird.

Wir fordern eine umwelt- und sicherheitsbezogene Zertifizierung von Häfen und Schiffen, die unter anderem Einfluss auf die Hafengebühren und die öffentliche Mitfinanzierung von besseren Umweltschutzmaßnahmen bei den Häfen haben soll. Durch stärkere Kontrollen bei der Müllentsorgung sowie durch neue Vorgaben zur Abgasreinigung und zur Verwendung schwefelarmer Treibstoffe (GRÜNE Bundesrats- und EU-Initiativen) wollen wir die Schifffahrt zu einem wirklich umweltfreundlichen Transportweg machen. Hierzu können auch leistungsstarke Landstroman-

schlüsse an den Kajan einen sinnvollen Beitrag leisten.

Die übrigen landeseigenen Seehäfen sind von N-Ports¹ je nach Lagegunst und Bestand effektiv und gesamtwirtschaftlich sinnvoll zu unterhalten und zu entwickeln. Die Offshore-Basishäfen haben dabei eine völlig andere Dynamik als die kleineren Häfen. Diese Küstenhäfen müssen für die Inselversorgung, den Tourismus und die verbliebene Küstenfischerei erhalten werden. Unser Ziel ist es, diese Häfen langfristig im gegenseitigen Ausgleich mit der nutzenden Wirtschaft und über die Einnahmen von N-Ports eigenwirtschaftlich zu betreiben. Auf dem Weg dorthin wird noch für einige Zeit eine Mitfinanzierung des Landes, insbesondere über Fördermittel von Bund und EU, nötig sein. Den Nutzen der Häfen wollen wir nicht länger auf den reinen Warenumschlag reduzieren, sondern durch gezielte Anreize einen größeren Anteil an Wertschöpfung im Bereich von Zusatzdienstleistungen und Weiterverarbeitung gewinnen.

DIE SCHIFFE DEN FLÜSSEN ANPASSESSEN – NICHT UMGEKEHRT

Weiteren Flussvertiefungen erteilen wir eine Absage, weil sie nicht nur für die Naturräume und den Hochwasserschutz unverträglich sind, sondern auch keinen nachhaltigen Nutzen bringen. Die Anpassung an

die Folgen des Klimawandels – gekennzeichnet durch die zunehmende Wasserarmut in den Sommermonaten und Hochwasserprobleme im übrigen Jahr – erfordert ein Ende des immer weiteren Ausbaus unserer Flüsse. An der zunehmenden Verschlickung von Ems, Weser und Elbe ist deutlich zu sehen, wohin dieser Raubbau an den Flüssen führt. Hafen- und Schifffahrtspolitik ist für uns GRÜNE Wasserpolitik mit und nicht gegen die Natur.

FLUGVERKEHR VERMINDERN

Die besonders schädlichen Klimagase aus dem wachsenden Flugverkehr wollen wir GRÜNE ebenso vermindern wie die Lärmbelastung der Flughäfen-AnwohnerInnen. Dazu wollen wir deutlich stärker nach Lärm- und Abgaswerten gestaffelte Landegebühren für Flugzeuge und ein konsequentes Nachtflugverbot durchsetzen. Um eine unabhängige und restriktive Aufsicht sicherzustellen, halten wir es für ordnungspolitisch geboten, die öffentlichen Beteiligungen an Flughäfen zu verkaufen. Flugverkehr muss verursachergemäß besteuert werden. Hierfür streben wir eine Bundesratsinitiative an. Die öffentliche Förderung von Flughäfen muss aufhören. Der öffentliche Dienst soll auf Kurz- und Mittelstrecken Bahn fahren und jede Flugzeugnutzung zumindest mit einer adäquaten Abgabe an die Atmosfair-Initiative² ausgleichen.

DEN UMWELT- UND NATURSCHUTZ WIEDER BELEBEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- Umsetzung der internationalen Verpflichtungen zum Erhalt der biologischen Vielfalt durch die Ausweisung von Schutzgebieten auf 15 Prozent der Landesfläche
 - Schutz unserer niedersächsischen Moore und naturnaher Umbau der Wälder
 - Stopp der Pläne zur unterirdischen Lagerung des klimaschädlichen CO₂ (CCS) und der unkonventionellen Gasförderung (Fracking) in Niedersachsen
 - Stärkung und finanzielle Absicherung der Bürger- und Verbandsbeteiligung im Naturschutzgesetz und der wertvollen Arbeit der Natur- und Umweltschutzverbände
 - Konsequente Umsetzung der Schutzbestimmungen und bessere personelle Ausstattung für unsere Nationalparks und Weltnaturerbe-Regionen Wattenmeer und Harz, damit BesucherInnen besser in den Wert der einmaligen Naturräume eingeführt werden und zugleich verträglich durch sie hindurchgeleitet werden
- Unter der schwarz-gelben Landesregierung wurde der Umwelt- und Naturschutz zur Abraumhalde für Nutzerinteressen. Die Folgen sind fatal: 50 Prozent der heimischen

Tier- und Pflanzenarten stehen in Niedersachsen auf der Roten Liste. Nicht nachwachsende Naturgüter wie die Bodenschätze Torf, Kies und Sand werden nach wie vor in völlig unverträglichem Umfang ausgebeutet. Hauptursache für den Schwund seltener Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume ist neben dem massiven Flächenverbrauch durch Siedlungsentwicklung und Straßenbau insbesondere die intensive Land- und Forstwirtschaft.

Daher muss es uns gelingen, neben dem effizienten Schutz unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten auch eine ökologisch verträgliche Nutzung der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft umzusetzen. Unser Ziel ist die Schaffung eines harmonischen Miteinanders von Natur- und nachhaltig und ökologisch bewirtschafteten Kulturlandschaften.

SCHUTZGEBIETE UND BIOTOP- VERBUNDSYSTEME KONSE- QUENT UMBAUEN

Niedersachsen muss die internationalen Verpflichtungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt endlich umsetzen. Auf 15 Prozent der Landesfläche wollen wir dafür ein Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem etablieren, in dem die Natur Vorrang vor menschlichen Nutzungsinteressen hat. Die Ausweisung von Schutzgebieten,

insbesondere zur Umsetzung der Natura-2000-Richtlinie⁷, muss vorangetrieben werden, um für diese wertvollen Gebiete einen effizienten und dauerhaften Schutz zu gewährleisten.

Grundlage für einen starken Naturschutz ist ein neues Naturschutzgesetz für Niedersachsen, das seinen Namen verdient: Das unter Schwarz-Gelb gerupfte Verbandsklagerecht ist zu stärken und weitere Biotope, wie Alleen oder Feldhecken, sind unter gesetzlichen Schutz zu stellen. Das notwendige Grünland-Umbruchverbot werden wir insbesondere auf grundwasser-nahen Standorten und in Moorreichen konsequent umsetzen. Das seit 1987 in Niedersachsen nicht fortgeschriebene Landschaftsprogramm, in dem die Zielsetzungen des Naturschutzes auf Landesebene dargelegt werden, wollen wir im Rahmen einer Landesstrategie für Biologische Vielfalt neu fassen und den aktuellen Entwicklungen anpassen.

KEIN ABLASSHANDEL BEIM NATURSCHUTZ

Wir treten nachdrücklich für die konsequente Anwendung der Eingriffsregelung bei Überplanungen der Landschaft ein. Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht zum Ablasshandel verkommen.

Ökokonten¹ und Flächenpools² müssen einen adäquaten und dauerhaften Ausgleich für die tatsächliche Zerstörung der Natur schaffen. Sie sollen landesweit erfasst werden und öffentlich zugänglich sein. Vorrang muss die Schaffung neuer, möglichst großflächiger Biotope haben. Mit einem öffentlich zugänglichen Ausgleichsflächen-Kataster wollen wir verhindern, dass ökologisch wertvolle Flächen mehrfach als Ausgleich angegeben werden. Die Kontrolle kann nur mit einer ausreichenden Personaldecke in den Naturschutzbehörden geleistet werden.

WALD IST MEHR ALS LAUTER BÄUME

In den Forsten wollen wir uns für einen konsequenten Umbau der Nadelholz-Monokulturen in standortgerechte, naturnahe Laub-Mischwälder einsetzen. Standortgerechte Mischwälder sind ökologischer und trotzen den häufiger werdenden Wetter-Extremen wie Stürmen und Trockenheit deutlich besser als Nadelholz-Monokulturen. Zur Umsetzung der Ziele der nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt wollen wir im Bereich der Landesforsten zehn Prozent der Waldflächen der natürlichen Entwicklung überlassen. Einen Ausverkauf öffentlicher Waldflächen oder eine Privatisierung der Landesforsten lehnen wir ab.

Naturnahe Wälder haben nicht nur eine besondere Bedeutung für Tier- und Pflanzenarten und für unser Klima, sondern auch als Erholungsraum für den Menschen.

Die Holzeinschläge in den Landesforsten werden wir wieder auf ein ökologisch verträgliches und schonendes Maß reduzieren. Alle Landesforsten sollen künftig nach hohen ökologischen Standards einer nachhaltigen Forstwirtschaft bewirtschaftet und zertifiziert werden. Landes-Subventionen in der Forstwirtschaft werden wir an strenge ökologische Kriterien binden.

Wir unterstützen die Erhaltung von Alt- und Totholz im Wald. Pflanzenschutz und Düngemittel sollen nur in Ausnahmesituationen eingesetzt werden. Gentechnik im Wald muss verboten werden.

JAGD VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN

Die Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien und den Erfordernissen des Tierschutzes ausrichten. Die Jagd auf wild lebende Tiere ist nur dann zuzulassen, wenn sie ökologisch verträglich ist und die getöteten Tiere verwertet werden. Tiere, die in ihrem Bestand gefährdet sind, dürfen nicht bejagt werden. Wir wollen die Jagdzeiten ebenso wie die Liste der jagdbaren Arten verkürzen. Den Abschuss von Haustieren sowie den Einsatz von Fallen

lehnen wir ab. Wir setzen uns für ein Verbot von bleihaltiger Munition ein, um die Vergiftung von Greifvögeln und der Umwelt allgemein zu reduzieren.

In Schutzgebieten, einschließlich Natura-2000-Gebieten³, soll die Jagd nur dann zulässig sein, wenn sie zur Erreichung der Schutzziele erforderlich ist. Es kann nicht angehen, dass selbst in Vogelschutzgebieten, die ausdrücklich dem Schutz nordischer Gänse dienen, die Jagd auf diese Arten ausgeübt werden darf! Zudem wollen wir die generelle Einstellung der Jagd auf Zugvögel in Niedersachsen.

UNSER TRINKWASSER MUSS SAUBER BLEIBEN

Wir GRÜNE sehen die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht nur als eine europäische Pflichtaufgabe an. Wenn die Umsetzung sinnvoll betrieben wird, werden dabei gleichzeitig Verbesserungen beim Hochwasser- und Naturschutz erreicht. Für diese Generationenaufgabe haben die Länder seit dem Inkrafttreten der Richtlinie Ende 2000 maximal 27 Jahre Zeit. Elf Jahre sind bereits vergangen, ohne dass bisher durchgreifende Verbesserungen erkennbar sind. Hier hat die CDU/FDP-Landesregierung in den vergangenen Jahren deutlich zu wenig unternommen. In Niedersachsen ist mehr als die

Hälfte des Grundwassers – besonders in den Massentierhaltungsregionen – so stark belastet, dass Handlungsbedarf besteht. Nitrat-Grenzwerte werden überschritten. Krankheitserreger und Pestizide landen in Lebensmitteln. Phosphate, Arzneimittelrückstände und Gülle verseuchen Bäche und Gewässer. Der Binnensee Dümmer kippt bereits regelmäßig durch die großen eingeleiteten Gülmengen um, wodurch es zu massiven Fischsterben kommt. Wir GRÜNE setzen beim Trinkwasser- und Gewässerschutz daher an den Ursachen an.

Schwarz-Gelb hat in Niedersachsen die durch das Bundesnaturschutzgesetz vorgeschriebenen Gewässerrandstreifen abgeschafft. Wir wollen die Umsetzung einer „guten fachlichen Praxis“ bei der Landwirtschaft im Sinne des Grundwasserschutzes. Das bedeutet in der Regel flächendeckende Reduzierung des Dünger- und Pestizid-Einsatzes. Wir werden Gewässerrandstreifen wieder einführen und streben an, die Einnahmen aus der Wasserentnahmegebühr gezielt für den Schutz des Grund- und Oberflächenwassers einzusetzen. Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten muss wieder aufgenommen und eine messbare Reduzierung der Schadstoffeinträge erreicht werden. Wir erteilen jeder Form der Privatisierung unseres Lebenselixiers Wasser eine Absage.

LEBENDIGE GEWÄSSER – VERSALZUNG STOPPEN

Wir GRÜNE wollen den Natur- und Hochwasserschutz an Gewässern verbessern und den Flüssen grundsätzlich mehr Raum geben. Dazu gehören – wo dies sinnvoll ist – auch die Rückverlegung von Deichen und ein Neubauverbot in Überschwemmungsgebieten. Fließgewässer sind einschließlich ihrer Auen und Altarme zu erhalten oder zu renaturieren. Die Unterhaltung von Flüssen, Bächen und Gräben muss sich verstärkt an ökologischen Kriterien orientieren. Entsprechende Maßnahmen sind ein Beitrag zum Natur- und Artenschutz – und sie vermindern die Pegelstände bei Hochwasser.

Die massive Versalzung der Weser durch das Unternehmen K+S wollen wir so schnell wie möglich beenden. Einer Pipeline an die Oberweser und anderen dauerhaften Salzeinleitungen werden wir unseren entschiedenen Widerstand entgegenstellen. Unser Ziel ist die umgehende Beendigung jeglicher Salzeinleitung in Werra und Weser, indem die Abwässer der Salzgewinnung in Nordhessen und Thüringen per Pipeline direkt in die Nordsee abgeleitet werden. Die Untätigkeit der Landesregierung für eine saubere Weser werden wir beenden. Die Weser, aber auch die anderen Flüsse, dürfen nicht weiter als Abwasserkanal

für Industrieabfälle missbraucht werden.

MOORE FLÄCHENDECKEND SCHÜTZEN

Moore sind ein wertvoller Bestandteil unserer niedersächsischen Landschaft. Knapp 4500 Quadratkilometer Hoch- und Niedermoor sind wichtige natürliche Speicher für Klimakiller, vor allem CO₂ und Methan. Für großflächigen Torfabbau und intensive landwirtschaftliche Nutzung wurden unsere Moore fast vollständig entwässert. Dadurch werden die zum Teil seit Jahrtausenden im Moor gespeicherten Treibhausgase wieder freigesetzt: Fast zwölf Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen in Niedersachsen stammen aus entwässerten Mooren. Das ist fast so viel wie der gesamte Verkehrsbereich verursacht (15 Prozent). Daher ist es unverantwortlich, weitere Moore dem Bagger der Torfindustrie zu opfern oder intensive Mais-Monokulturen auf Moorstandorten anzubauen, wie es von der schwarz-gelben Landesregierung zugelassen wird.

Wir GRÜNE wollen den Torfabbau in Niedersachsen beenden und dafür vorgesehene Flächen aus dem Landesraumordnungsprogramm streichen. Statt künstlicher CO₂-Speicher für CCS¹ wollen wir mit einem Großschutzgebiet „Niedersächsische Moorlandschaft“ die

letzten erhaltenen fünf Prozent der niedersächsischen Moore schützen und weitere Bereiche wiedervernässen. Das ist ein kostengünstiger und effektiver Klima- und Naturschutz. Torffreien Gartenbau und Alternativprodukte wollen wir fördern. Als ersten Schritt soll das Land als Auftraggeber auf den Einsatz von Torf komplett verzichten.

BODEN GUTMACHEN – FLÄCHENVERSIEGELUNG BEGRENZEN

Wir treten für eine massive Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Versiegelung ein. Um das bundesweite Ziel zu erreichen, den Verbrauch durch Versiegelung bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen, bedarf es ökonomischer Anreize zum Flächensparen und zum Flächenrecycling.

Ein weiteres Zerschneiden der Landschaft, das ebenfalls mit weiteren Flächenversiegelungen einhergeht, wie durch Autobahn-Neubauten (z. B. A 39, A 20 und A 33), wollen wir verhindern. Wanderungshindernisse für unsere heimischen Tierarten in Form von bestehenden Bundesstraßen, Schienensträngen und Autobahnen werden wir durch Querungshilfen wie Grünbrücken entschärfen.

LANDESRAUMORDNUNGSPROGRAMM

Mit dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) wollen wir die künftige Siedlungspolitik steuern und sie am tatsächlichen Bedarf und der vorhandenen Infrastruktur ausrichten. Solche Planungen vermeiden Verkehr, schonen die Umwelt und sparen Steuergelder. Wir sind gegen Zersiedlung und unnötigen Bodenabbau. Nur landesweit oder in größeren Regionen lassen sich wichtige Freiräume sowie Erholungs- und Naturschutzzonen bewahren. Damit kann die Landesraumordnung auch den Klimawandel begrenzen helfen. Das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem, welches 15 Prozent der Landesfläche einnehmen soll, werden wir im LROP als Vorrangflächen für den Naturschutz festlegen. Zu diesen Vorrangflächen gehören neben Mooren auch die bestehenden Schutzgebiete und die Natura-2000-Gebiete. Auch der Vorrang für Erdverkabelung bei neuen Stromtrassen muss in der Raumordnung festgeschrieben werden.

KEIN GIFT IN DIE ERDE: CCS UND FRACKING STOPPEN

Das energieaufwändige Verfahren des Abscheidens des Klimagases CO₂ von konventionellen Kraftwerken in die Erde lehnen wir aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab.

mischen Gründen ab. Wir wollen kein „Greenwashing“ von dreckigen Kohlekraftwerken, sondern die Energiewende für eine saubere Zukunft. Daher darf Niedersachsen nicht zum CO₂-Endlager werden. Wir fordern deshalb, im Bergrecht die Raumordnung dreidimensional zu gestalten, um eine Handhabung für das Verbot von Fracking¹ und CCS² unter Tage zu erhalten.

Angesichts des Hungers der Energiekonzerne nach den letzten Reserven fossiler Energien wird in Niedersachsen das umstrittene „Fracking“ (Hydraulic fracturing) eingesetzt, um besonders klimaschädliches unkonventionelles Erdgas zu erschließen. Dabei werden giftige und krebserregende Chemikalien verwendet, die die AnwohnerInnen und das Grundwasser erheblich beeinträchtigen können. Dieses unökologische und energieintensive Verfahren der Gasgewinnung ist eine Gefahr für die Umwelt und eine Klimabelastung. Aus diesen Gründen lehnen wir GRÜNE das Fracking zur unkonventionellen Gasförderung ab.

FÜR EINE STARKE UND KOMPETENTE UMWELTVERWALTUNG

Die niedersächsische Umweltverwaltung hat nach neun Jahren CDU/FDP-Klientelpolitik die am schlechtesten organisierte und teuerste Struktur in ganz Deutschland. Das wird auch vom Sachverständigenrat für Umweltfragen

der Bundesregierung festgestellt. Die Klientelinteressen bestimmter Gruppen behindern ein Umsetzen der notwendigen Klima-, Naturschutz- und Umweltziele von EU, Bund und selbst des Landes. Unter Ex-Umweltminister Sander und seinem Staatssekretär und Nachfolger Birkner ist Naturschutz zur Lach- und Nullnummer degradiert worden. Der jahrelange Abbau und die Verhinderung einer effektiven Natur- und Umweltschutzverwaltung durch die schwarz-gelbe Landesregierung hat schweren Schaden für das Land angerichtet.

Daher ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit einer effizienten Verwaltung im Sinne von Umwelt und Naturschutz eine Kernaufgabe einer neuen Landesregierung mit grüner Beteiligung! Für eine ambitionierte Umweltpolitik wollen wir wieder eine Fachbehörde für Umwelt- und Naturschutz (ehemals NLÖ) aufbauen.

Das Gegenspiel von wirtschaftlichen Interessen, Landwirtschaft und Naturschutz muss aufhören. Dazu wollen wir Naturschutz, Agrarumweltmaßnahmen und Flächenpolitik stärker miteinander verzahnen. Hierzu sind die Umweltprogramme für LandwirtInnen zu einer echten Einkommensalternative auszubauen und an wirksame ökologische Leistungen zu koppeln. Hierfür bedarf es personell und finanziell ausrei-

chend ausgestatteter Naturschutzbehörden auf allen Ebenen. Insbesondere die Kartierung bedrohter Arten und die Fortschreibung von Umwelt-Indikatoren muss für eine zielgerichtete Naturschutzpolitik wieder aufgenommen werden.

Flurbereinigungen sollen verstärkt der Natur und Umwelt zugutekommen, so zum Beispiel für die Ausdeichung von Überschwemmungsgebieten oder die Wiedervernässung von Mooren. Auf neue Flurbereinigerungsverfahren zum Nutzen der Agrarindustrie und auf den asphaltierten Ausbau von Feldwegen mit EU-Fördergeldern wollen wir hingegen verzichten.

KOMMUNEN ENTLASTEN – BÜROKRATIE ABBAUEN

Zur Entlastung der Kommunen wollen wir – wie vom Landesrechnungshof gefordert – die Pflege, Ausweisung und Vernetzung von Natura-2000-Gebieten³ sowie die Umsetzung der Biodiversitäts-Strategie wieder zur Landesaufgabe machen und Doppelstrukturen vermeiden.

Kommunale Naturschutzbehörden und Naturschutzverbände wurden von Schwarz-Gelb gegängelt und mit Bürokratie überzogen. Naturschutzmaßnahmen müssen auf privaten Flächen wieder ohne aufwändige Voranmeldung möglich sein. Im Niedersächsischen Naturschutz-

gesetz wollen wir wieder mehr BürgerInnen- und Verbändebeteiligung sicherstellen, um bereits im Vorfeld Sinnvolles für die Natur zu erreichen, bevor es zu juristischen Auseinandersetzungen kommt. Denn die Kompetenz der BürgerInnen sowie der Umweltverbände und anderer Nutzergruppen ist für uns alle wichtig und nützlich.

UMWELTVERBÄNDE STÄRKEN

Zur Wahrnehmung der örtlichen Naturschutzbelange wollen wir Biologische Stationen und Landschaftspflegeverbände in den verschiedenen Naturräumen Niedersachsens etablieren. Neben der Lenkung und Information der BesucherInnen sollen die MitarbeiterInnen auch für die Begleitung und Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in den Schutzgebieten verantwortlich sein.

Die Arbeit der Umwelt- und Naturschutzverbände muss vom Land wieder finanziell abgesichert werden. Das betrifft auch die Arbeit von Bürgerinitiativen, die sich mit Stellungnahmen in Planungs- und Genehmigungsverfahren beteiligen. Wir GRÜNE wollen mehr BürgerInnen-Beteiligung, um den Sachverstand, die Erfahrungen und die Interessen der BürgerInnen vor Ort frühzeitig in die Gestaltung der regionalen Lebensräume einfließen zu lassen.

ABFALL – GEMEINWOHL VOR GESCHÄFTSINTERESSE

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Abfälle vorrangig vermieden, wiederverwendet oder hochrangig verwertet (recycelt) werden. In der Abfallwirtschaft setzen wir uns konsequent für das Primat des Gemeinwohls ein. Einen Zwang zur Privatisierung und das „Rosinenpicken“ von Privatunternehmen etwa beim Altpapier lehnen wir ab. Die Kommunen müssen weiter selbst entscheiden können, wie sie ihre Daseinsvorsorge anhand hoher ökologischer und sozialer Standards organisieren wollen. Für uns GRÜNE ist Müll keine Ware wie jede andere. Zu einer verantwortungsbewussten Umweltpolitik gehören die ständige Reduzierung giftiger Stoffe und die Sanierung von Altlasten.

GESUNDHEITLICHER UMWELTSCHUTZ

Schadstoffe in Boden, Luft und Wasser beeinträchtigen die Gesundheit und sind Ursache für Krankheiten. Ebenso kann auch Lärm krank machen und die Lebensqualität beeinträchtigen. Sowohl die Feinstaub- als auch die Lärmbelastung müssen nach den EU-Vorgaben gesenkt werden. Wir setzen uns für Lärminderung und umfangreiche Messprogramme ein, um die Belastung durch krebserregende Stoffe wie Dioxin zu reduzieren. Gesund-

heitsschutz hat für uns oberste Priorität. Das Ziel der Reduzierung von Giften und anderen gesundheitsschädlichen Stoffen darf nicht mehr wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Wir setzen hier klar auf das Vorsorgeprinzip und die Herstellerverantwortung zum Nachweis der Ungefährlichkeit.

MEERESSCHUTZ

Niedersachsen mit seiner Küste steht in der besonderen Verpflichtung einen aktiven Meeresschutz voranzubringen. Dazu ist ein Leitbild für die künftige Entwicklung von Industrie- und Hafenwirtschaft, von Tourismus und Landwirtschaft zu entwickeln, das den Schutz des Wattenmeeres mit seinem Nationalpark sicherstellt, aber auch über die Zwölf-Seemeilen-Zone hinaus den Schutz der Meeresumwelt voranbringt. Das Land muss stärker als bisher auf den sicheren Betrieb der Offshore-Stromproduktion und der Stromtrassen Einfluss nehmen. Es gilt, die ökologische Nachhaltigkeit als Grundlage des Tourismus an der Küste nicht zu gefährden. Auch für den Meeresschutz ist eine konsequente Umsetzung der Anforderungen der Wasser-Rahmenrichtlinie (WRRL) im Binnenland und in den Küstengewässern notwendig. Die Förderung der Küstenfischerei aus dem Europäischen Fischereifonds ist für eine nachhaltige, ökologische Fischerei einzusetzen. Erzeugerzu-

sammenschlüsse etwa der Krabbenfischer für existenzsichernde Preise unterstützen wir.

WELTNATURERBE WATTENMEER WEITERENTWICKELN

Die Anerkennung des Wattenmeeres als Unesco-Weltnaturerbe ist Auszeichnung und Aufgabe zugleich. Die Schutzbestimmungen des Nationalparks sind konsequent umzusetzen und so weiterzuentwickeln, dass der Nationalpark Wattenmeer den internationalen Kriterien für Nationalparks entspricht. Ölförderung im Wattenmeer lehnen wir ab. Wir brauchen mehr hauptamtliche Nationalpark-BetreuerInnen, um vor Ort auf die Schönheit und die Empfindlichkeit dieses Naturraums hinzuweisen und um die Schutzbestimmungen auch durchzusetzen. Hier ist die schwarz-gelbe Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren nicht einen Schritt vorangekommen.

IM NATIONALPARK HARZ WILDNIS ERLEBBAR MACHEN

Wir GRÜNE wollen die von Jagd- und Forstwirtschaft freien Kernzonen des Nationalparks Harz sinnvoll erweitern und mehr Wildnis zulassen. Wir wollen naturverträglichen

Tourismus und keine künstlichen Schneekanonen an allen Hängen. Wir setzen uns für die Abschaffung von Doppelstrukturen in der gemeinsamen Nationalparkverwaltung der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen ein. Hierfür muss es künftig klare Verantwortlichkeiten geben und Mehrfachzuständigkeiten müssen ausgeschlossen werden.

ENGAGEMENT JUNGER MENSCHEN FÜR DIE NATUR

Wir wollen, dass Kinder frühzeitig und praktisch an Natur und Umwelt herangeführt werden, wie dies zum Beispiel Waldkindergärten erfolgreich vormachen. In Niedersachsen möchten wir die „Bildung für Nachhaltigkeit“ von der Kita bis zur Hochschule mit Leben füllen. Außerdem wollen wir außerschulische Projekte der Umweltpädagogik ausbauen und gezielter fördern. Wir unterstützen die Qualifizierung und Zertifizierung der Umweltbildung zur Nachhaltigkeit und wollen Umweltzentren unseres Landes stärker fördern. Für das Engagement junger Menschen wollen wir insgesamt mehr FÖJ-Stellen (Freiwilliges Ökologisches Jahr) durch das Land ermöglichen.